



Suchergebnisse: Juden

März 1096 – Die ersten Kreuzfahrer-Kontingente machen sich auf den Weg

Frankreich * Von einer Woge populärer Begeisterung getragen, machen sich - gegen dem Wunsch des Papstes - die ersten Kreuzfahrer-Kontingente auf den Weg. Die meisten dieser Kreuzzugs-Pilger entstammen dem einfachen Sozialmilieu des Bauernstandes und der Städte. Viele von ihnen verkaufen ihre geringe Habe, um die Reise nicht völlig ohne Barschaft antreten zu müssen. Wegen des dadurch entstandenen Überangebots fallen die Preise dramatisch, sodass sich der Verkauf oft kaum mehr lohnt. Andere lassen einfach alles liegen und stehen und schließen sich einem Pilgerzug in den Nahen Osten an. In den nächsten sechs Jahren folgen etwa 130.000 Frauen und Männer ihrem Beispiel. Aus dem Stand des Adels und der Ritter kommen kaum zehn Prozent der Kreuzfahrer. Allerdings übernimmt diese Gruppierung die Führerschaft und - neben den sie begleitenden Priestern - die Verantwortung für die nachfolgend beschriebenen Judenpogrome. Nach den Beweggründen für die Teilnahme an den Kreuzzügen zu suchen ist müßig. Sie sind nicht rational sondern ideologisch begründet. Die meisten, die den Aufrufen der Päpste folgen, bereuen später ihr - in einer durch Predigt und Propaganda bewusst ausgelösten Atmosphäre religiöser Hysterie - abgelegtes Gelübde. Die meisten dieser am sogenannten „Vor-Kreuzzug“ beteiligten Pilger kommen nicht weiter als bis zum Balkan. Besteht für die Kirche die Rechtfertigung für den „ersten Kreuzzug“ in der Besetzung Jerusalems durch die Muslime, so entfesselt die Kreuzzugsbewegung aber auch gewalttätige Emotionen in eine andere Richtung. Viele der christlichen Kreuzfahrer nehmen, bevor sie sich überhaupt ins „Heilige Land“ aufmachen, erst einmal Rache an den Juden, die - nach ihrer Auffassung - für die „Kreuzigung des Heilands“ verantwortlich sind. Die aus einfachsten Verhältnissen stammenden Kriegsteilnehmer haben bis dahin ein sehr bescheidenes Dasein gefristet und setzen nun als „Wagemutige“ ihre Existenz aufs Spiel. Und dass etliche Juden durch ihre Geschäfte reich geworden sind, steht im krassen Gegensatz zur kirchlichen Doktrin, wonach die Juden als Strafe und Zeugnis für den ihnen zur Last gelegten „Gottesmord“ sichtbar in „Knechtschaft unter den Christen“ leben sollen - und nicht umgekehrt. Da die Kreuzfahrer ihr gegen die Muslime gerichtetes Feindbild und die damit verbundenen Aggressionen problemlos auch gegen die Juden anwenden können, entsteht eines der dunkelsten Kapitel in der eh schon so grausamen Kreuzzugs-Geschichte.

10. April 1096 – Die Kreuzfahrer drohen den Juden mit einem Massaker



Trier * In Trier gestaltet sich das Zusammenleben der Juden und der Christen bislang weitgehend friedlich. Doch jetzt drohen die Kreuzfahrer den Juden mit einem Massaker, wenn sie nicht auf ihre Geldforderungen eingehen. In ihrer Todesangst geben ihnen die Juden alles, was sie haben. Daraufhin ziehen die Kreuzfahrer weiter, doch kommt dann der zweite Trupp und verlangt ebenfalls Geld und Wertsachen. Die Juden kratzen den Rest zusammen und geben es hin. Der Trupp zieht ab und schon bald kommen die nächsten Kreuzfahrer-Kontingente, die zum Teil auch mit Bürgern der Städte und den Landbewohnern gemeinsame Sache machen. Nun haben die Juden nichts mehr, weshalb fundamentalistische Geistliche in den Reihen der Kreuzfahrer die Losung ausgeben: „Wer einen Juden erschlägt, dem werden seine Sünden vergeben“. Berufen können sie sich auf den Abt des Klosters, aus dem auch Papst Urban II. stammt, Pierre de Cluny. Sein Leitspruch lautet: „Es ist sinnlos die Feinde unseres Christenglaubens in der Fremde zu bekämpfen, wenn diese Juden, die schlimmer als die Muslims sind, in unseren Städten ungestraft unseren Herrn Jesus Christ beleidigen dürfen.“ Insgesamt kommen anlässlich des Ersten Kreuzzuges mindestens 2.500 Angehörige der deutschen Judengemeinden ums Leben. Nur wer sich nach christlichem Ritus taufen lässt, kann sein Leben retten. Viele Juden ziehen allerdings der Zwangstaufe den Freitod vor.

Mai 1096 – Die Pilger des Vor-Kreuzzuges hinterlassen eine blutige Spur

Ungarn - Griechenland - Naher Osten * Die Pilger des Vor-Kreuzzuges überqueren die ungarische Grenze. Sie bedrohen inzwischen alle, die sich anders verhalten als die Kreuzfahrer. Egal ob Muslime, Juden und bald auch griechisch-orthodoxe Christen. Die Kreuzfahrer überfallen und töten eben jene Christen zu deren Beistand sie der Papst ins Heilige Land entsandt hat. Und es sind ausgerechnet die Türken, die den orthodoxen Christen beistehen, die Kreuzfahrer besiegen und den Vor-Kreuzzug beenden.

15. Juli 1099 – Die Kreuzfahrer können Jerusalem einnehmen

Jerusalem * Die Kreuzfahrer können Jerusalem erobern. Damit haben die Pilger endlich den Ort der Verheißung erreicht. Die ganze Zeit ist ihnen von den Predigern versprochen worden, hier wäre das Land, in dem Milch und Honig fließen. Bisher haben die meisten Kreuzfahrer gehungert. Über 100.000 Pilger haben sich ins Heilige Land aufgemacht; kaum 20.000 sind dort angekommen. Da die Kleriker die Eroberung einer muslimischen Stadt durch



Christen für etwas Selbstverständliches halten, empfinden sie es folgerichtig als Unrecht, wenn die Muslime ihr Eigentum verteidigen. Wie aber die Christen reagieren, möglicherweise aufgeputscht von den Propaganda-Lügen über die von den Muslims angeblich geschändeten und entweihten Kirchen, ist grausam und unverzeihlich. Die anwesenden Chronisten beschreiben unvorstellbare Szenarien. Raimund von Aguilers schreibt: „Wir kamen zum Tempel Salomons, wo sie ihren Ritus und ihre Gesänge pflegten. Aber was geschah dort? Wenn ich die Wahrheit sage, wird man mir es nicht glauben. Es mag genügen, dass sie im Tempel Salomons und im Vorhof bis zu den Knien und den Zügeln ihrer Pferde im Blut ritten. Wahrlich ein gerechtes Gericht, dass der Ort das Blut derjenigen empfing, deren Gotteslästerung er so lange erdulden musste.“ Die byzantinische Chronistin Anna Comnena notiert: „Viele Sarazenen und Juden in der Stadt wurden abgeschlachtet.“

6. Januar 1103 – Kaiser Heinrich IV. verkündet den Reichslandfrieden

Mainz * Mit dem durch Kaiser Heinrich IV. verkündeten Reichslandfrieden stehen alle Juden unter dem persönlichen Schutz des Kaisers. Das bedeutet aber, dass sie ab sofort keine Waffen mehr tragen dürfen und darauf angewiesen sind, sich von des Kaisers Truppen beschützen zu lassen. Das Gesetz begründet die Ausnahmestellung der Juden und zugleich ihre Wehr- und Waffenunwürdigkeit.

1130 – Der gerechte Krieg ist als das kleinere Übel akzeptiert

Clairvaux * Für Bernhard von Clairvaux ist der gerechte Krieg als das kleinere Übel akzeptiert. Unter Christen ist er nur gerecht, wenn die Einheit der Kirche auf dem Spiel steht. Gegen die Juden, die Ketzer und die Heiden soll Gewalt vermieden werden, weil sich die Wahrheit nicht mit Gewalt durchsetzen lässt. Der Christ soll überzeugen, weshalb - aus der Sicht des später zum Heiligen erklärten Bernhard von Clairvaux - gegen diesen Personenkreis nur ein Verteidigungskrieg gerechtfertigt ist, bei dem er allerdings die Gewalt auf ein Mindestmaß reduziert wissen will. Vom Gerechten Krieg zum Heiligen Krieg ist es damit nicht mehr weit, solange er gegen die Heiden und Ungläubigen gerichtet ist. Bernhard von Clairvaux hebt in seinen Kreuzzugpredigten die islamische Aggression und Bedrohung der gesamten christlichen Kirche hervor. Sein Fazit lautet: Nur durch einen Gerechten und Heiligen Krieg kann der Frieden wieder hergestellt werden. Unter Frieden versteht der Kirchenmann die Aufrechterhaltung der gottgewollten Ordnung. Bernhard von Clairvaux will aus Raubrittern, Weiberhelden, Totschlägern, Meineidigen und Friedensbrechern zutiefst beherrschte, asketische und christliche



Ritter machen. Dabei will er aber die natürlichen Triebe - wie Aggression - nicht unterdrücken, sondern sie durch höhere Ziele - sozusagen - veredeln. Im Zentrum seines Werkes steht deshalb der Begriff der „militia Christi“. „Gute Ritter“ kämpfen, um Glauben und Kirche zu verteidigen, „Schlechte Ritter“ wirken in prunkvollem Aufzug und folgen eigensüchtigen Motiven. In einer Werbeschrift für die Tempel-Ordensritter sagt der heilige Bernhard: „An erster Stelle stehen Disziplin und uneingeschränkter Gehorsam. Jeder kommt und geht, wie es der Vorgesetzte befiehlt. Jeder trägt die ihm zugeteilte Kleidung, keiner besorgt sich Nahrung oder Kleidung nach seinem Gutdünken. Hinsichtlich Ernährung und Gewandung gibt man sich mit dem Notwendigsten zufrieden und meidet alles Überflüssige. Die Templer leben maßvoll und fröhlich in einer Gemeinschaft, ohne Frauen und Kinder. Um der apostolischen Lebensweise möglichst nahe zu kommen, leben sie alle unter gleichen Bedingungen im gleichen Haus, auch nennen sie nichts ihr eigen, um einer einheitlichen Gesinnung und eines friedlichen Zusammenlebens willen. Ungebührliche Reden, nutzlose Beschäftigung, lautes Gelächter, heimliches Tuscheln und selbst unterdrücktes Kichern sind unbekannt. Sie verabscheuen Schach und Würfelspiel; sie hassen die Jagd, ja, sie erfreuen sich nicht einmal am Flug des Falken. Sie verachten Komödianten, Taschenspieler, Schwätzer und zweideutige Lieder sowie Vorstellungen von Possenreißern, denn sie erachten das alles als sinnlose, nichtige Torheiten. Sie tragen das Haar kurz geschnitten, weil es ihrer Ansicht nach beschämend für einen Mann ist, langes Haar zu haben. Niemals übertrieben gekleidet, baden sie selten; sie sind schmutzig und behaart, und ihre Haut erscheint gebräunt vom Tragen des Kettenhemds und von der Sonne“. Die Glaubenskrieger sollen in die Schlachten Gottes ziehen. Und sollte ein Templer dabei sein Leben verlieren, so stirbt er selig als Blutzuge für den christlichen Glauben. In der Werbeschrift Bernhards liest sich das so: „Freue dich, starker Kämpfer, wenn du in dem Herrn lebst und siegst! Aber noch mehr frohlocke und rühme dich, wenn du stirbst und dich mit dem Herrn vereinst“. Die Gegner der Glaubenskrieger sind ja „nur“ Heiden ohne Glauben.

1146 – Der Reichslandfrieden aus dem Jahr 1103 hält

Deutschland * Der Reichslandfrieden aus dem Jahr 1103 hält, als ein Heer fanatischer Kreuzfahrer aus Frankreich in Deutschland einfällt und der Mönch Rudolf aus dem Kloster Clairvaux bedingungslosen Hass gegen die Juden predigt. Der damalige deutsche König Konrad III. nimmt sein Schutzversprechen ernst und rettet die meisten Juden.

1229 – Ein „Abraham von München“ in einer Regensburger Urkunde

München - Regensburg * In einer Regensburger Urkunde wird als jüdischer Zeuge ein „Abraham



von München“ genannt. Ein Hinweis, dass es bereits zu dieser Zeit Juden in München gegeben hat.

12. Oktober 1285 – Ein Münchner Jude soll einen christlichen Knaben ermordet haben

München * In München ereignet sich ein Judenpogrom, bei dem nach Angaben des zeitgenössischen „Nürnberger Marmorbuchs“ 67 Menschen ums Leben kommen. Auslöser ist der Vorwurf eines Ritualmords: Den Juden wird unterstellt, sie hätten „von einem alten Weib“ ein christliches Kind gekauft, anschließend ermordet und sein Blut für rituelle Zwecke missbraucht. Daraufhin erschlägt ein aufgebrachter Mob zahlreiche Mitglieder der jüdischen Gemeinde. Die übrigen suchen Schutz in einem Haus, einem Betsaal oder einer Synagoge, die von der Menge in Brand gesetzt wird. Ob damals tatsächlich bewusst ein Feuer gelegt wurde ist fragwürdig, da das die ganze - in der Regel aus Holz erbaute - Stadt gefährdet hätte. Andererseits ist vorstellbar, dass die antisemitisch aufgeheizte Stimmung und die Dynamik kollektiver Gewalt die bestehenden Hemmschwellen erheblich gesenkt haben.

1310 – Juden dürfen den Christen die Teile geschlachteter Tiere verkaufen

München * Die Juden dürfen den Christen die Teile geschlachteter Tiere verkaufen, die zu verzehren ihnen verboten sind.

21. Juli 1315 – König Ludwig der Baier erlässt das erste Münchner Judenrecht

München * König Ludwig IV. der Baier erlässt das erste Münchner Judenrecht. Es entspricht dem Augsburger Judenrecht und hebt gleichzeitig alle entgegenstehenden Vorschriften auf.

1346 – Ein sich aufbauendes Pogrom wird verhindert

München * Ein gewaltsamer Übergriff auf die jüdische Bevölkerung Münchens, der als Pogrom bezeichnet wird. Erneut werden Juden des Ritualmordes beschuldigt. Durch das entschlossene Eingreifen Kaiser Ludwigs des Baiern können sie gerettet werden. Dabei spielen auch finanzielle Interessen eine wichtige Rolle.

4. Juli 1348 – Papst Clemens VI. gegen die Verfolgung von Juden



Avignon * Papst Clemens VI. wendet sich in einer Bulle gegen die Verfolgung von Juden als Verursacher der Pest. Doch niemand hält sich an die Worte des Oberhauptes der katholischen Kirche.

26. September 1348 – Papst Clemens VI. droht den Verfolgern mit Exkommunikation

Avignon * In einer zweiten päpstlichen Bulle, in der Papst Clemens VI. die Juden vor dem Vorwurf in Schutz nimmt, Verursacher von Brunnenvergiftungen und der Pest zu sein. Er droht den Verfolgern die Exkommunikation an.

1349 – Die Pest mündet in Pogrome

München - Herzogtum Bayern * Die Pest tobt im ganzen Land. Die Mattseer Annalen sprechen von einem Drittel der Menschen, die von der grauenvollsten Pest hingerafft werden. Unter den am meisten heimgesuchten Orten werden Braunau, München und Landshut genannt. Deshalb werden in Salzburg und München, aber auch in anderen Städten, „aus ruchloser übler Nachrede, die Juden verbrannt, geschlachtet, zerstückelt und auf sonstige Weise abgeschlachtet und getötet“.

1379 – Zusatzabgaben zum Bau der Synagoge

München-Graggenau * Um die Kosten für den Bau einer Synagoge und eines Spitals für die jüdische Armenfürsorge zu finanzieren, beschließen die Münchner Juden, für einen Zeitraum von drei Jahren jährlich einen zusätzlichen halben Zehnten zu zahlen.

9. August 1380 – Die Judengasse wird erstmals genannt

München-Graggenau * Die „Judengasse“ wird erstmals genannt.

1381 – Die Synagoge wird erbaut

München-Graggenau * In den Jahren 1380/81 wird in der Judengasse, der späteren Gruftgasse, auf dem heutigen Marienhof, eine Synagoge errichtet - auf dem südlichen Areal des heutigen



Marienhofes. Wenig später kommt noch ein rituelles Bad und eine Fleischbank dazu.

16. September 1390 – König Wenzel hebt alle Judenschulden in Baiern auf

Nürnberg * König Wenzel hebt in Nürnberg alle Judenschulden in Baiern auf. Die Juden erhalten ihr Geld nicht mehr zurück. Die davon profitierenden Schuldner müssen aber dem König Ersatzleistungen zahlen.

1394 – In München leben 23 jüdische Familien

München * In München leben 23 jüdische Familien.

1403 – In München leben nur noch 13 jüdische Familien

München * In München leben nur noch 13 jüdische Familien.

29. März 1416 – Die Münchner Juden erhalten einen Friedhof

München * Die Herzöge Ernst und Wilhelm stellen den Münchner Juden einen Friedhof „bei dem Berg zwischen Moosach und dem Rennweg“ zur Verfügung. Dafür ist jährlich ein Zins von vier ungarischen Gulden zu entrichten. Für die jüdische Gemeinde bedeutet dies eine große Erleichterung: Bis dahin mussten Verstorbene in Regensburg oder anderen Orten mit jüdischen Friedhöfen bestattet werden.

29. März 1416 – Den Juden wird ein Platz für einen Friedhof zugewiesen

München * Die Münchner Juden erhalten von den Herzögen Ernst und Wilhelm einen Platz für einen Friedhof zugewiesen, „gelegen bey dem perg zwischen Mossach und dez Rennweges“. Er liegt in der Gegend des heutigen Maßmannbergl, mit dem Rennweg ist die Schleißheimer Straße gemeint. bsp;

1425 – Hexerei als eines der verabscheuungswürdigsten Verbrechen



Norditalien - Mittelitalien * Bernardino von Siena, ein franziskanischer Bußprediger, der später heiliggesprochen wird, predigt auf seinen Missionsreisen durch Nord- und Mittelitalien vehement gegen Juden, Häretiker, Sodomiten und Ehebrecher. Auch glaubt er, überall auf magische Praktiken, Wahrsagerei, Zauberei und das Wirken von Dämonen zu treffen. Er bezeichnet die Hexerei als eines der verabscheuungswürdigsten Verbrechen, für dessen Duldung Gott die Menschheit hart bestraft. Seine Zuhörer fordert der heilige Mann auf, die Hexen, Wahrsager und Zauberer aufzuspüren und zu vernichten. Seine Predigten enden regelmäßig in regelrechten Verfolgungen und Hinrichtungen. Das Verfolgungsgebiet ist so erweitert worden.

1427 – Die Schöne Ursel von Wolfratshausen wird als Hexe aus der Stadt gejagt

München - Wolfratshausen * Die Schöne Ursel von Wolfratshausen wird als Hexe aus der Stadt gejagt, weil sie den „Pfaffen der Pötschnermesse“ so bezaubert hat, dass dieser Messgewänder und das Messbuch an die Juden versetzt.

4. Juli 1439 – Die Münchner Juden entrichten eine außerordentliche Reichssteuer

München * Die Münchner Juden haben eine außerordentliche Reichssteuer in Höhe von 2.000 rheinischen Gulden entrichtet. Das ist der letzte Nachweis für die Existenz einer Münchner Judengemeinde.

1442 – Herzog Albrecht III. vertreibt alle Juden aus seinem Teilherzogtum

München * Herzog Albrecht III. vertreibt alle Juden aus dem Teilherzogtum München-Oberbayern. Die Synagoge wird in eine Marienkapelle umgewandelt. Die Vertreibung bedeutet zudem das Ende der mittelalterlichen jüdischen Gemeinde in München.

14. September 1442 – Die Juden werden aus dem Herzogtum Bayern vertrieben

München-Gruggenau * Die Juden werden unter Herzog Albrecht III. aus dem Herzogtum Bayern vertrieben. Das bedeutet das Ende der mittelalterlichen jüdischen Gemeinde in München. Die Synagoge wird vom Herzog an seinen Leibarzt und vermutlichen Schwiegersohn Dr. Hans Hartlieb und dessen Frau Sybille übertragen. Hartlieb lässt die Synagoge umgehend in eine Marienkapelle umwandeln.



21. Dezember 1551 – Herzog Albrecht V. erlässt die Vertreibung aller Juden

München * Der streng katholische Herzog Albrecht V. erlässt aus eigener Machtvollkommenheit die Vertreibung aller Juden aus dem Herzogtum.

1553 – Juden ist der Aufenthalt im Herzogtum Baiern verboten

München * Die Vertreibung aller Juden aus dem Herzogtum Baiern wird von den versammelten bayerischen Landständen in der neuen „Landesordnung“ aufgenommen. Die „Landschaft“ besteht aus Vertretern des Klerus mit Grundherrschaft, des Adels sowie der Städte und Märkte mit niederer Gerichtsbarkeit. Weil der Landtag in der Regel nur alle drei Jahre zusammenkommt, ist es für Herzog Albrecht V. die erste Gelegenheit, seinen Erlass zur Vertreibung aller Juden vom 21. Dezember 1551 gesetzlich zu verankern.

29. September 1616 – Aufenthalts-, Handels- und Gewerbeverbot für Juden erneuert

München * Herzog Maximilian I. bestätigt im sogenannten „Codex Maximilianeus“ die seit dem 16. Jahrhundert geltenden Aufenthalts-, Handels- und Gewerbeverbote für Juden in Baiern. Die Grundlagen dieser Politik reichen bis zur Vertreibung der jüdischen Bevölkerung unter Herzog Albrecht V. in den Jahren 1551/53 zurück. Juden ist es damit weiterhin untersagt, sich dauerhaft in Bayern niederzulassen, Handel zu treiben oder ein Gewerbe auszuüben. Nur in Ausnahmefällen können einzelne sogenannte „Schutzjuden“ mit besonderer Genehmigung zeitweise im Land leben oder wirtschaftlich tätig sein.

10. Mai 1641 – Die Bronzeputti auf dem Säulensockel der Mariensäule werden aufgestellt

München-Graggenau * Durch einen Erlass will Kurfürst Maximilian I. sicherstellen, dass die Mariensäule „in gebierender veneration, und respect erhalten, Insonderheit alle unsauberkeiten und verunehrungen verhietet und abgestellt werden“. Die Mariensäule wird deshalb mit einem Marmorgeländer mit den vier Bronze-Laternen umgeben. Auf dem Sockel der Mariensäule kommen im gleichen Jahr vier bronzene Heldenputti zur Aufstellung, die für Maria als „ecclesia militans“ [= „die in der Welt kämpfenden Kirche“] oder als Apokalyptisches Weib für die im Kampf der Konfessionen siegreiche katholische Kirche instrumentalisiert werden. Sie stellen eine Umsetzung des Psalm 91, Vers 13 dar: „Über die Schlange und den Basilisken wirst du schreiten, und den Löwen und den Drachen wirst du zertreten.“ In nahezu allen



Veröffentlichungen über die Mariensäule verkörpert der Drache den Hunger, der Löwe den Krieg, der Basilisk die Pest und die Schlange den Unglauben oder falschen Glauben. Sie sollen, so die populäre Auffassung, die großen Plagen der Zeit veranschaulichen. Nach einer anderen Definition, die dem Programm des - im Jahr 1674 ausgebrannten - Zimmers der Religion in der Residenz entspricht, steht der Drache für die Häretiker [= Ketzer], der Löwe für die Heiden, die Schlange für die Juden und der Basilisk für die Schismatiker [= Protestanten, Kirchenspalter]. Aus einem Monument der persönlichen Frömmigkeit des Kurfürsten ist durch die Hinzufügung der Heldenputti zugleich ein „Denkmal des Triumphes des katholischen Glaubens über die Übel der damaligen Zeit“ geworden. Da Maximilian I. sowohl den Tag der Denkmalsweihe als auch das Datum für die alljährliche Dankprozession auf den Jahrestag der „Schlacht am Weißen Berg“ orientiert, macht er die Mariensäule auch zu einem unübersehbaren Symbol für den bisher größten Triumph bayerischer Waffen über die protestantischen Feinde. Und damit macht er aus der Mariensäule eine Siegesssäule.

April 1705 – Das Niederlassungsverbot für Juden auch unter der kaiserlichen Administration

München * Das Niederlassungsverbot für Juden im Herzogtum Bayern gilt auch während der kaiserlichen Administration. Dennoch halten sich einzelne Juden mit Sondergenehmigungen in München auf, vor allem Hoffaktoren und Hoffinanziers, Lieferanten des Hofes oder Militärs und durchreisende Kaufleute. Es handelt sich aber nur um wenige Einzelpersonen oder einzelne Familien, nicht um eine organisierte Gemeinde. Die habsburgische Verwaltung hebt die antijüdischen Bestimmungen nicht auf, obwohl in Wien und anderen habsburgischen Territorien bereits größere jüdische Gemeinden existieren. Bayern bleibt auch unter österreichischer Verwaltung konfessionell und rechtlich weitgehend bei seinen bisherigen Regelungen.

1715 – Kurfürst Max Emanuel weist geduldete Juden aus

München * Nach seiner Rückkehr aus dem Exil ordnet Kurfürst Max Emanuel die Ausweisung der in Bayern geduldeten Juden an. Die Maßnahme knüpft an die seit dem 15. Jahrhundert bestehende Vertreibungspolitik an und steht im Zusammenhang mit dem Bestreben, die traditionelle katholische Ordnung im Herzogtum wiederherzustellen. Während des Spanischen Erbfolgekriegs sind einzelne jüdische Hoffaktoren und Händler aus wirtschaftlichen Gründen zeitweise geduldet gewesen. Die Ausweisung betrifft Einzelpersonen wie Hoffaktoren, Kaufleute und ihre Familien. Eine jüdische Gemeinde gibt es zu diesem Zeitpunkt nicht.



11. April 1715 – Kurfürst Max Emanuel lässt alle Juden aus dem Land weisen

München * Nachdem Kurfürst Max Emanuel aus seinem Exil wieder nach Bayern zurückgekehrt ist, lässt er alle Juden aus dem Land weisen. Dabei hat die Kurbaierische Landschaftsverordnung, die Vertretung der Landstände, in den letzten Monaten der kaiserlichen Besatzungsherrschaft auf jüdische Finanzmittel zurückgegriffen. Um den Abzug der kaiserlichen Besatzungstruppen zu beschleunigen, hat sie die ausstehenden kaiserlichen Forderungen und alle Landesausgaben übernommen. Diese Aufwendungen hat sich die Landschaftsverordnung von jüdischen Geldgebern finanzieren lassen. Als Gegenleistung gesteht man den Kreditgebern den freien Aufenthalt im Kurfürstentum bis zur Zurückzahlung der Schulden zu.

2. September 1718 – Kurfürst Max Emanuel erteilt dem Pferdehändler Joseph Mändle Hofschutz

München * Kurfürst Max Emanuel erteilt dem Pferdehändler Joseph Mändle als erstem Juden den Hofschutz und damit eine Aufenthaltsberechtigung in München. Die Geschäftsbeziehungen zwischen Mändle und Kurbaiern werden mit der Zeit immer intensiver.

1720 – Kurfürst Max Emanuel verschuldet sich bei jüdischen Geldgebern

München * Die prunkvolle Hofhaltung von Max Emanuel lässt den Finanzbedarf in gewaltige Dimensionen anwachsen und treibt den Kurfürsten verstärkt in die Arme jüdischer Geldgeber. Auch deshalb, weil Bayern bei anderen Bankhäusern kaum noch als kreditwürdig angesehen wird. Erstmals stellt ihm der burgauische Hoffaktor Gerson Daniel Oppenheimer Geldmittel zum Teil in bar und zum Teil durch die Einlösung von Zahlungsverpflichtungen zur Verfügung.

5. Oktober 1722 – Kurprinz Carl Albrecht heiratet Erzherzogin Maria Amalia von Österreich

Wien * Der bayerische Kurprinz Carl Albrecht heiratet in Wien die Erzherzogin Maria Amalia von Österreich, Tochter Kaiser Josephs I.. Zur Finanzierung der Hochzeitsfeierlichkeiten, aber auch für sonstige Luxusbedürfnisse des Hofes und zur Behebung der finanziellen Engpässe der kurfürstlichen Behörden gewährt der pfalz-sulzbachische Oberfaktor Noe Samuel Isaak aus Mergentheim dem Land gewaltige Finanzvorschüsse. Die Rückzahlung der Schulden wird in erster Linie einigen Salzämtern und der Landschaft übertragen. Auch der Wiener Oberhoffaktor und Bankier Simon Wolf Wertheimer wird Gläubiger des kurfürstlichen Hauses.



9. August 1723 – Simon Wolf Wertheimer wird zum geheimen Hofjuwelier ernannt

München * Kurfürst Max Emanuel ernennt den Wiener Oberhoffaktor und Bankier Simon Wolf Wertheimer zum geheimen Hofjuwelier. Wertheimer verlegt daraufhin den Schwerpunkt seiner Geschäftstätigkeit nach München. Joseph Mändle, Noe Samuel Isaak, Simon Wolf Wertheimer und Nathan Moyses, der dem Kurfürsten ebenfalls einen Kredit gewährt, werden die ersten kurbaierischen Hofjuden.

26. Februar 1726 – Kurfürst Max Emanuel stirbt hochverschuldet in München

München * Kurfürst Max Emanuel stirbt in München. Er wird in der Fürstengruft in der Theatinerkirche beigesetzt. Sein Sohn Carl Albrecht wird sein Nachfolger. Zu diesem Zeitpunkt ist Bayern mit 5.218.460 Gulden bei jüdischen Gläubigern verschuldet. Das sind etwa zwanzig Prozent der damaligen bayerischen Gesamtschuldenlast von 26,8 Millionen Gulden.

1728 – In München leben 17 Juden in acht Haushalten

München * In München leben 17 Juden in acht Haushalten. Langsam etabliert sich wieder jüdisches Leben in der Stadt.

1750 – In München leben 20 Juden

München * In München leben 20 Juden.

1763 – Eine jüdische Betstube im Tal 13

München * Die Münchner jüdische Gemeinde hat eine Betstube in einem Privathaus im Tal 13.

1777 – Ignaz Mayer kommt nach München

München * Die Familie des Ignaz Mayer kommt nach München, als Kurfürst Carl Theodor das Erbe der bayerischen Regentschaft antritt. Er wird später dem erlauchten Kreis der Kreditgeber des bayerischen Königs zählen. Alleine in den Jahren 1807 und 1808 gewährt er der königlichen



Centralkasse Anleihen in Höhe von 100.000 Gulden.

1778 – Mit Kurfürst Carl Theodor ändert sich die Judenpolitik

München * Mit der Übernahme der Regierung durch Kurfürst Carl Theodor ändert sich die bayerische Judenpolitik. In den folgenden Jahren wird der Zuzug von Juden nach München toleriert.

1779 – Eine kleine jüdische Gemeinde

München * Die jüdische Gemeinde in München besteht aus 15 Haushalten.

1781 – In München leben 53 Juden

München * In München leben inzwischen 53 Juden.

1784 – Beschwerden wegen der Anwesenheit der Juden

München * In München leben inzwischen 119 Juden. Zugleich häufen sich Beschwerden der Bürgerschaft über ihre Anwesenheit.

1785 – Ignaz Mayer heiratet Chaila Seligmann

München * Ignaz Mayer heiratet Chaila oder Caroline Seligmann. Ihr Vater ist der im Jahr 1814 erste in den Adelsstand erhobene Jude in Baiern, der dann Leonhard Freiherr von Eichthal heißt. Ursprünglich hieß er Aron Elias Seligmann, war der Tabak- und Salzhändler, zugleich der bedeutendste Hof- und Heereslieferant und außerdem Hauptgläubiger der immer finanzschwachen Kurpfalz. In den Napoleonischen Kriegen avanciert er zum einzigen Heereslieferanten der bayerischen Truppen, der die enormen Kosten für das Militär mit eigenen Anleihen finanziert und dafür ansehnliche Provisionen erhält.

1790 – In München leben 127 Juden



München * Die Zahl der in München lebenden Juden ist inzwischen auf 127 angestiegen.

1798 – In München leben 220 Juden

München * 220 Juden leben in München. „Oberhäupter der Familien 35, deren Weiber 33, Kinder 98, Dienerschaft 54.“

1799 – Aron Elias Seligmann kommt nach München und wird Hofagent

Leimen - München * Kurfürst Max IV. Joseph lässt alle Hoffaktorenpatente einziehen - nur wenige erhalten ein neues Privileg. Aron Elias Seligmann aus Leimen bei Heidelberg kommt nach München und wird dort kurbaierischer Hofagent. Seligmann betreibt seit 1779 eine Tabakmanufaktur und ist durch den Salzhandel sehr reich geworden. In München ist er Verpflegungsadmoniateur der baierischen Armee und Anleihennegoziant.

16. Juni 1799 – Leere Staatskassen und unüberschaubare Schulden

München - Leimen * Kurfürst Max IV. Joseph erklärt öffentlich, dass er „die bayrischen Finanzen in großer Unordnung, alle Staatskassen ausgeleert und selbe überdies noch mit unerschwinglichen Rückständen belastet angetroffen habe“. In den baierischen Regierungskreisen erinnert man sich an den umtriebigen jüdischen Leimener Finanzier Aron Elias Seligmann.

1804 – 98 jüdische Haushalte leben in München

München * Eine sogenannte „Judenbeschreibung“ listet 98 jüdische Haushaltsvorstände in München auf.

17. Juni 1805 – Ein wichtiger Schritt für die jüdische Gemeinde in München

München * Das „Regulativ über die Verhältnisse der hiesigen Judenschaft“ ist ein wichtiger Schritt für die jüdische Gemeinde in München. Es stellt erstmals eine staatlich geregelte Eingliederung der Juden in das bürgerliche Leben dar, bleibt aber von starken Einschränkungen geprägt. Das



1810 – Freiherr Adam von Aretin verkauft sein Grundstück an Raphael Kaula

10. Juni 1813 – Im Königreich Baiern tritt das Judenedikt in Kraft

22. September 1814 – Aron Elias Seligmann wird in den Adelsstand erhoben



München * Der Hoffaktor Aron Elias Seligmann wird von König Max I. Joseph in den Adelsstand erhoben und erhält den Namen Freiherr von Eichthal. Er ist der erste nobilitierte Jude in Bayern. Damit verbunden ist auch die Verleihung des Wappens der ausgestorbenen Familie von Thalmann in Augsburg. Gleichzeitig werden auch seine zehn Kinder in den Adelsstand aufgenommen.

25. Januar 1815 – 39 jüdische Männer gründen die Israelitische Kultusgemeinde

München * 39 jüdische Männer gründen in der Wohnung von Judith Wertheimer, der Witwe des kurfürstlichen Hoffaktors Abraham Wolf Wertheimer, die Israelitische Kultusgemeinde. Sie ist die erste anerkannte jüdische Gemeinde Münchens nach der Vertreibung der Juden im Jahr 1442.

Februar 1815 – Bemühungen um ein offizielles jüdisches Gotteshaus

München * Das Generalkommissariat der Münchner jüdischen Gemeinde bemüht sich frühzeitig um den Erwerb geeigneter Räumlichkeiten, „worin die kirchliche Gemeinde versammelt werden kann“. Dieses Vorhaben wird von der Stadt unterstützt – allerdings weniger aus Fürsorge für die jüdischen Bürgerinnen und Bürger, sondern vielmehr, um die damals noch mit Misstrauen betrachtete Religionsgemeinschaft in einem „offiziellen“ Gotteshaus besser kontrollieren zu können. Die seit 1763 in einem Privathaus im Tal 13 eingerichtete Betstube ist inzwischen für die Gottesdienste deutlich zu klein geworden.

1816 – Debatte über den Bauplatz der Münchner Synagoge

München * Bei der Suche nach einem geeigneten Bauplatz für die Synagoge bevorzugen die Behörden zunächst einen Neubau außerhalb des Stadtzentrums. Ihr Vorschlag, die Synagoge „nahe dem Theater am Isartor“ zu errichten, stößt bei der Kultusgemeinde jedoch auf wenig Zustimmung. Das Grundstück wird nicht nur wegen seiner abgelegenen Lage abgelehnt; auch die unmittelbare Nähe zum Theater sowie zu mehreren Schlachthöfen erscheint der Gemeinde für eine religiöse Einrichtung als unangemessen und unwürdig. Stattdessen bringt die Gemeinde ein brachliegendes Grundstück ins Gespräch, das sich im Besitz der Stadt befindet und hinter dem Polizeigebäude an der Lederergasse liegt. Der Stadtmagistrat wird daraufhin um die Überlassung dieses Grundstücks gebeten.



24. März 1816 – Die erste Bestattung auf dem jüdischen Friedhof

Thalkirchen * Die Israelitische Kultusgemeinde München hat eine Genehmigung zur Anlage eines jüdischen Friedhofs an der Thalkirchner Straße erhalten. Dieser kann am 24. März 1816 eingeweiht werden. Es ist der erste jüdische Friedhof Münchens seit der Vertreibung der Juden im Jahr 1442. Zuvor mussten Münchner Juden ihre Verstorbenen außerhalb der Stadt, etwa in Kriegshaber bei Augsburg, bestatten.

Februar 1817 – Polizei fordert zentrale Kontrolle jüdischer Gottesdienste

München * Der Polizeidirektion sind die jüdischen Gottesdienste in privaten Betsälen verdächtig, weshalb sie diese als „Geheimversammlungen“ oder „Winkelzusammenkünfte“ verdächtigten Gottesdienste dauerhaft unterbinden will. Gottesdienste sollen künftig nur noch in einer offiziellen „Schule“ stattfinden dürfen. Alle Nebenschulen und heimlichen Zusammenkünfte sind einzustellen. Damit will die Polizei eine bessere Kontrolle der jüdischen Gemeinden gewährleisten.

1818 – Das Eichthal-Palais an der Brienner Straße 12 wird von Klenze erbaut

München-Maxvorstadt * Das Eichthal-Palais an der Brienner Straße 12 wird von Leo von Klenze erbaut.

13. August 1818 – Der jüdische Hofbankier Jakob Hirsch wird geadelt

München * Der Hofbankier Jakob Hirsch wird von König Max I. Joseph als „Freiherr von Hirsch auf Gereuth“ in den erblichen Adelsstand erhoben.

1819 – Leonhard von Eichthal konvertiert zum katholischen Glauben

München * Leonhard von Eichthal hat Größeres vor. Deshalb konvertiert er zum katholischen Glauben, da nun seine sieben Kinder in den bayerischen Adel einheiraten können. Er nutzt diese politischen Verbindungen, um sein Geld in den Aufbau des bayerischen Eisenbahnnetzes zu investieren. Gleichzeitig bringt er große Grundstücke in seine Hand, die als potenzieller Baugrund gelten.



Februar 1819 – Begrenzte Niederlassung und wirtschaftliche Auswahl jüdischer Einwohner in

München * Bis Februar 1819 erhalten nur 61 Juden in München eine offizielle Aufenthaltserlaubnis, eine sogenannte „Schutznummer“. Weitere Juden können nur aufgenommen werden, wenn sie reich sind oder mit Unternehmen und Fabriken der Wirtschaft nutzen.

5. März 1819 – Ein Antrag gegen den jüdischen Hausiererhandel

München-Kreuzviertel * Joseph von Utzschneider bringt in seiner Funktion als Münchner Bürgermeister in der Ständeversammlung einen Antrag gegen den jüdischen Hausiererhandel ein. Der Handel der Juden soll demnach die „Quelle aller den inländischen Handel und das Gewerbe untergrabenden und vernichtenden Übel“ darstellen.

10. Juli 1819 – Ein Maßnahmenkatalog zur Eingrenzung des jüdischen Hausiererhandels

München-Kreuzviertel * Die Ständeversammlung legt einen Maßnahmenkatalog zur Eingrenzung des jüdischen Hausiererhandels vor.

22. Juli 1819 – Eingrenzung des jüdischen Hausiererhandels beschlossen

München-Kreuzviertel * König Max I. Joseph billigt den von der Ständeversammlung vorgelegten Maßnahmenkatalog zur Eingrenzung des jüdischen Hausiererhandels.

August 1819 – Judenverfolgung in den fränkischen Landesteilen

Franken - Würzburg * Kurz nachdem König Max I. Joseph den Maßnahmenkatalog zur Eingrenzung des jüdischen Hausiererhandels genehmigt hat, kommt es in den fränkischen Landesteilen zu schweren Judenverfolgungen, „die vor allem in Würzburg das Maß des seit Jahrhunderten Dagewesenen überschritten. [...] Arbeitslose, Handwerksburschen, verschuldete Bauern und Bürger stürmten die Häuser der Juden. Synagogen wurden in Brand gesteckt“. Die Übergriffe auf die jüdischen Mitbürger dauern - mit Unterbrechungen - bis ins Jahr 1822 hinein an.



21. Oktober 1819 – Freiherr Aron Elias von Eichthal lässt sich taufen

Au * Fünf Jahre nach seiner Erhebung in den bayerischen Adelsstand lässt sich Freiherr Aron Elias von Eichthal in der Mariahilf-Kirche in der Au taufen. Er erhält den Vornamen Leonhard.

21. Oktober 1819 – Baron Aron Elias von Eichthal konvertiert zum katholischen Glauben

München-Au * Baron Aron Elias von Eichthal konvertiert - wie zuvor schon seine Söhne Simon, Bernhard und Arnold - zum Katholizismus. Er lässt sich in der Auer Carl-Borromäus-Kirche [?] taufen und nimmt zusätzlich den Namen Leonhard an. Seine Ehefrau Hindele/Henriette, eine geborene Levi, lässt sich hingegen nicht taufen. Ihre gemeinsamen Kinder können nun auch in den bayerischen Adel einheiraten.

1822 – Streit um den Standort der Synagoge

München * Innerhalb der Israelitischen Kultusgemeinde ist es zu einem Streit über den Standort der Synagoge gekommen. Die eine Gruppierung tritt für einen Standort in der Innenstadt an der Lederergasse ein. Die andere Gruppe schlägt aus pragmatischen Gründen die Theaterstraße vor - ein Bauplatz, der im Bereich des ehemaligen Zwingers und damit ebenfalls in der Innenstadt liegt.

1822 – Ein aussichtsloser Kampf gegen die Mayer'sche Lederfabrik

Untergiesing * Die bürgerliche Schuhmacherzunft Münchens und der Vorstadt Au entschließt sich, nachdem sie jahrelang dem Geschehen in der Mayer'schen Lederfabrik tatenlos und voller Neid zugesehen hat, zu einem Protest bei „allerhöchster Stelle“ - vermutlich dem Königlichen Ministerium des Inneren - gegen die „gewissenlosen Gewerbebeeinträchtigungen, welche wir von den hiesig- und umliegenden Lederfabrikanten und Israeliten durch die widerrechtliche Anmaßung der Selbstfabrikation ihrer in Accord übernommenen Militärlieferungen viele Jahre hindurch sehr empfindlich zu erdulden hatten“. In der Folge fordert die Behörde den Lederfabrikanten auf, künftige Militäraufträge bei den ansässigen Schuhmachermeistern fertigen zu lassen. Doch die Freude der Schuster über ihren Sieg gegenüber dem Lederfabrikanten dauert nur kurz. Dem geschäftstüchtigen Fabrikbesitzer Ignaz Mayer gelingt es nämlich, den Schwabinger Schumacher Hanrieder davon zu überzeugen, dass er seine Werkstatt mit „Sack und Pack“ sowie mit der Genehmigung der zuständigen Behörden in die Untergiesinger



Lederfabrik verlegt. Der Schuhmacher erhält dafür „eine wöchentliche Entschädigung [...], und [kann] sonach genüßlich sein Leben in Wohltätigkeit durchbringen“. Ignaz Mayer aber kann über den Trick der ausgeliehenen Hanriederischen Konzession - sehr zur Empörung der bürgerlichen Schuhmacherzunft Münchens und der Vorstadt Au - seine Militärlieferungen auch künftig weiter in eigener Regie herstellen lassen. Der Schuhmacherzunft bleibt nur mehr das Beschreiten des Protestwegs. Ihr Protest gegen die „unerlaubte Transferierung einer Gewerbekonzession von einer Vorstadt in die andere“ findet beim Königlichen Landgericht zunächst positives Gehör. Doch die Regierung des Isarkreises hebt das Verbot umgehend wieder auf. Eine königliche Anweisung zieht schließlich einen Schlussstrich unter die Affäre - und zwar zugunsten der industriellen Produktion in der Lederfabrik. Es war das Königliche Handelsministerium, das sich in den Vorgang um die umstrittene Konzession einmischte und die Entscheidung zugunsten des Hoflieferanten beeinflusste. Wenn schon nicht das Einzelmitglied, so hätte doch die Schuhmacherzunft den Einfluss ihres Kontrahenten und damit die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens erkennen müssen. Immerhin ist Ignaz Mayer nicht nur der Schwiegersohn des dem bayerischen Königs als millionenschweren Kreditgebers unentbehrlich gewordenen Leonhard von Eichthal, sondern seit dem Jahr 1809 auch der Schwiegervater von Simon Freiherr von Eichthal, der bei der Gründung der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank eine zentrale Rolle spielte. Der Hofbankier organisiert nicht nur die neue Kreditbank, sondern stellte auch dem späteren König Ludwig I. Mittel für seine Kunsteinkäufe zur Verfügung.

August 1822 – Die Israelitische Kultusgemeinde erwirbt einen Bauplatz

München-Angerviertel * Nach langen Auseinandersetzungen mit den staatlichen und städtischen Behörden erwirbt die pragmatische Gruppe der Israelitischen Kultusgemeinde vom königlichen Irrenarzt Dr. Johann Baptist Sax das Haus Nr. 492b in der Theaterstraße als Bauplatz.

11. Januar 1824 – Baron Leonhard von Eichthal stirbt in München

München * Baron Leonhard von Eichthal, der erste nobilitierte Jude, Hoffaktor und Finanzier des Bayerischen Staates, stirbt in München. Er wird auf dem Alten Südlichen Friedhof beigesetzt. Das Privatbankhaus in der Theatinerstraße führt der jüngste Sohn Simon weiter.

März 1824 – Pläne für eine Synagoge in der Lederergasse

München * Die Gruppe der Israelitischen Kultusgemeinde, die für den Bau der Synagoge in der



Lederergasse eintritt, macht nochmal einen Vorstoß für den von ihr gewünschten Bauplatz. Während der Stadtmagistrat dem Vorschlag positiv gegenüber steht, lehnt das Gremium der Gemeindebevollmächtigten das Ansinnen ab und verweist auf die Erweiterung des Viktualienmarkts und städtischen Neubauten.

April 1824 – Das Synagogen-Projekt Lederergasse ist gescheitert

München * Weitere Interventionen der Israelitischen Kultusgemeinde an die die Gremien der Stadtregierung zum Bau der Synagoge in der Lederergasse bleiben erfolglos.

26. Juli 1824 – Grundsteinlegung für die Synagoge an der Theaterstraße

München-Angerviertel * Der Grundstein für das jüdische Gebetshaus in der Westenriederstraße, damals noch Theaterstraße genannt, wird gelegt. Eine im Grundstein eingelassene Münze trägt die Inschrift: „Mit allergnädigster Erlaubnis Seiner Majestät des Königs wurde der Grundstein zur Synagoge gelegt am zweyten Tag der Woche am ersten Monatstag Ab 5585.“ Die Pläne für das Bauwerk stammen vom königlichen Baurat Jean Baptiste Métivier. Er steht vor der Herausforderung, dass die Lage des Grundstücks mitten in einer geschlossenen Häuserzeile die traditionelle Anordnung der Eingänge erschwert. Der Thoraschrein muss stets nach Osten, in Richtung Jerusalem, ausgerichtet sein. Da sich unmittelbar an der Ost- und Westseite Nachbarhäuser befinden, können die Zugänge für Frauen und Männer dort nicht angelegt werden. Métivier löst dieses Problem, indem er die Eingänge seitlich in die Straßenfassade integriert. Die Synagoge verfügt daher über zwei getrennte Portale mit jeweils eigenen Zugängen für Männer und Frauen. Kleine vorgelagerte Eingangsrisalite mit klassizistischen Dreiecksgiebeln betonen die Eingangsbereiche. Von dort führt eine Vorhalle in den eigentlichen Betsaal. Bemerkenswert ist zudem die bewusst zurückhaltende Gestaltung der Fassade. Das Gebäude soll sich möglichst unauffällig in die Häuserzeile der damaligen Theaterstraße einfügen und auf den ersten Blick nicht als Synagoge erkennbar sein. Diese Architektur spiegelt die gesellschaftliche Situation der jüdischen Gemeinde im frühen 19. Jahrhundert wider.

1825 – 607 Juden leben in München

München * Die Zahl der in München lebenden Juden ist inzwischen auf 607 angestiegen.



1825 – Simon von Eichthal erwirbt den sumpfigen Heilig-Geist-Anger

München-Isarvorstadt * Simon von Eichthal erwirbt den sumpfigen Heilig-Geist-Anger in der Absicht, ihn in möglichst viele kleine Grundstücke zu parzellieren und danach gewinnbringend zu verkaufen. Daraus wird später das Gärtnerplatz-Viertel.

27. Mai 1825 – Statuten für die innere Ordnung der Synagoge in München

München * Noch während des Baues der Synagoge erlässt die Administration der Israelitischen Kultusgemeinde „Statuten für die innere Ordnung der Synagoge in München“.

21. April 1826 – Die Synagoge in der Westenriederstraße wird eingeweiht

München-Angerviertel * König Ludwig I. und Königin Therese nehmen an der Einweihung der Münchner Synagoge in der Theaterstraße teil. Auch höchste Hof- und Staatsbeamte nehmen an der Zeremonie teil und machen die Einweihung zu einem außergewöhnlichen gesellschaftlichen Ereignis. Der klassizistische Synagogenbau hat 160 Männer- und Frauenplätze. Mit der Eröffnung des Gotteshauses erreicht die jüdische Gemeinde nach Jahrhunderten der Rechtlosigkeit, Ausgrenzung und Verfolgung eine erste wichtige Etappe auf dem langen Weg zur angestrebten Gleichstellung mit den christlichen Bürgerinnen und Bürgern Münchens. Trotz dieses Fortschritts gelten Juden weiterhin nicht als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft. Sie unterliegen nach wie vor zahlreichen Einschränkungen – etwa im Berufsleben oder durch Niederlassungsbeschränkungen für ihre Kinder. Zudem werden sie von den staatlichen Behörden misstrauisch beobachtet und von vielen Mitbürgern noch immer als fremd und unerwünscht wahrgenommen. Das Ereignis des Tages führt auch dazu, dass die israelitische Gemeinde an hundert christliche Mitbürger je zwei Pfund Fleisch, zwei Mass Bier und Brot spendet.

1829 – Der jüdische Mitbürger Raphael Kaula wird in den Adelsstand erhoben

München * Der jüdische Mitbürger Raphael Kaula wird er mit dem Ritterkreuz des Ordens der Bayerischen Krone dekoriert und wird damit als Baron de Murat in den Adelsstand erhoben.

1830 – In München leben 825 Juden



München * In München ist die Zahl der jüdischen Einwohner auf 825 Juden gestiegen.

August 1836 – In München bricht die erste Cholera-Epidemie aus

München - Vorstadt Au - Haidhausen * In München bricht die erste Cholera-Epidemie aus. Sie dauert bis Januar 1837. 143 von 4.700 Bewohner Haidhausens sterben daran, das sind rund 3 Prozent. 259 von rund 10.000 Bewohner der Au sterben daran, das sind rund 2,6 Prozent. 1.061 von rund 100.000 Bewohner Münchens sterben daran, das sind rund 1 Prozent. Von Übergriffen auf Ärzten wegen der Cholera wird berichtet: „Im Jahre 1836 hielt man in der Vorstadt Haidhausen dafür, daß die Aerzte den Leuten die Cholera erst ins Haus brächten, und sie wollten von ärztlichen Nachforschungen im Hause nichts wissen. Ja, es bestanden dort Vorurtheile, als ob die reichen Leute die Cholera machten, als leiser Nachklang der Brunnenvergiftungsfurcht durch die Juden im Mittelalter. Es war daher das Aufsuchen und die Nachfrage in Haidhausen, ob im Hause keine Diarrhöen vorkämen, dem vorurtheilsvollen und ungebildeten Publikum gegenüber sogar mit persönlicher Gefahr verbunden“. Bei den nächsten Epidemien spielten Vergiftungsvorstellungen keine Rolle mehr. Doch nachvollziehbar sind solche Theorien schon. So hält sich die Vorstellung, der Aids-Virus sei in einem amerikanischen Labor geschaffen worden, um die Schwarzen auszurotten, auch noch immer.

1838 – Simon von Eichthal verkauft sein Palais an den Konditor Carl Rottenhöfer

München-Graggenau * Simon von Eichthal verkauft sein Palais an der Residenzstraße 26 an den Konditor Carl Rottenhöfer. Dessen Geschäft floriert derart, dass es schon bald nach seiner Eröffnung zur Königlich-Bayerischen Hofkonditorei ernannt wird. Bis Mitte 2013 trägt es den Namen Confiserie Rottenhöfer Café Hag und befand sich an der selben Adresse.

1839 – Simon Freiherr von Eichthal muss die Lederfabrik mehrmals erweitern

Untergiesing * Die Nachfrage nach lackiertem Leder ist - sowohl im Inland, wie auch im Ausland - so enorm hoch, dass der neue Besitzer, der Hofbankier und Großspekulant Simon Freiherr von Eichthal, die Untergiesinger Lederfabrik in den Jahren von 1839 bis 1865 in mehreren Schritten erweitern lassen muss.



4. Juni 1848 – Ein neues Wahlgesetz bringt entscheidende Verbesserungen

München-Kreuzviertel * Das Gesetz über die Wahl der Landtags-Abgeordneten bringt einige Neuerungen, die als „entscheidend“ bezeichnet werden müssen. Es beseitigt das ständische Element der Verfassungsurkunde von 1818. In diesem bestand die Kammer der Abgeordneten zu einem Achtel aus der Klasse der adeligen Großgrundbesitzer, ebenfalls ein Achtel aus der Geistlichkeit der christlichen Konfessionen, ein Viertel stellten die Vertreter der Städte und Märkte und die verbliebene Hälfte die Landeigentümer ohne gutsherrliche Gerichtsbarkeit. Im neuen Gesetz errechnet sich die Anzahl der Landtags-Abgeordneten nach dem Verhältnis von je Einem Abgeordneten auf 31.500 Seelen der Gesamtbevölkerung des Königreichs, die auf die „einzelnen Kreise vertheilt“ werden. Die Wahl ist indirekt. Das heißt, dass in einer Urwahl zunächst Wahlmänner gewählt werden, die dann in einem zweiten Wahlgang die Abgeordneten wählen. Zum Abgeordneten kann jeder gewählt werden, der das 30. Lebensjahr vollendet hat. Für das aktive Wahlrecht genügt die Zahlung einer direkten Steuer, und sei sie auch noch so klein. Weder das aktive noch das passive Wahlrecht ist an ein bestimmtes Glaubensbekenntnis gebunden. Damit kommt auch die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden einen Schritt weiter. Und die nicht an ein bestimmtes Glaubensbekenntnis gebundenen Angehörigen nichtchristlicher Konfessionen dürfen den Verfassungseid unter Weglassung des Bezugs auf das Evangelium schwören. Die Wahl der Landtags-Abgeordneten ist öffentlich, die Stimmzettel müssen jedoch noch vom Wähler unterschrieben werden. Die Geheime Wahl wird erst im Jahr 1881 eingeführt. Außerdem werden noch keine amtlichen Stimmzettel ausgegeben. Diese gibt es erst - mit dem Frauenwahlrecht - im Januar 1919. Das bisherige Ausschließungsrecht des Königs, mit dem er gewählten Abgeordneten den Urlaub für die Teilnahme am Landtag verweigern konnte, wird beseitigt. Das Gesetz, das als Bestandteil der Verfassungs-Urkunde angesehen wird, tritt mit der nächsten Wahl in Wirksamkeit.

1850 – Richard Wagners antisemitisches Essay

Zürich * Während seines Exils in Zürich verfasst der Komponist Richard Wagner das Essay „Das Judenthum in der Musik“, das zunächst anonym erscheint. Darin vertritt er antisemitische Positionen, die über die damals weit verbreiteten Vorurteile hinausgehen. Wagner behauptet, Juden seien der deutschen Kultur fremd und nicht zu wahrer künstlerischer Kreativität fähig. Besonders scharf greift er die Komponisten Giacomo Meyerbeer und Felix Mendelssohn an. Seine Ausführungen richten sich aber nicht nur gegen einzelne Künstler, sondern gegen Juden als gesellschaftliche Gruppe. Die historische Forschung bewertet den Text heute als eines der bedeutendsten Dokumente des modernen Antisemitismus im 19. Jahrhundert.



31. März 1854 – Joseph Schüle in wird in Thalmässing geboren

Thalmässing * Joseph Schüle in wird in Thalmässing, einer Gemeinde nahe Roth bei Nürnberg, geboren. Der Ort ist zu dieser Zeit von einer bedeutenden jüdischen Gemeinde geprägt. Viele jüdische Familien sind im Vieh-, Geld- und Hopfenhandel tätig und tragen wesentlich zum wirtschaftlichen Leben des Marktes bei.

1860 – Die Bautätigkeit für das Gärtnerplatz-Viertel beginnen

München-Isarvorstadt * Die Bautätigkeit für das Gärtnerplatz-Viertel - als ein planmäßig angelegtes typisches Mietshaus-Quartier - beginnen.

10. November 1861 – Der sogenannte Matrikelzwang wird aufgehoben

Königreich Bayern * Der bayerische Landtag hebt den „Matrikelzwang“ auf, der die Anzahl jüdischer Familien und ihre Niederlassungsmöglichkeiten bisher stark eingeschränkt hat. Damit werden wichtige Diskriminierungen beseitigt und jüdische Menschen erhalten mehr Rechte und Freiheiten. Nach der Aufhebung können jüdische Familien ihren Wohnort freier wählen. Viele ziehen aus ländlichen Gemeinden in Städte wie München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg und Fürth. Dadurch wachsen die städtischen jüdischen Gemeinden stark, während viele Landgemeinden Mitglieder verlieren. In München führte das Bevölkerungswachstum dazu, dass die bestehende Synagoge in der Westenriederstraße bald zu klein wird und die Voraussetzungen für den Bau weiterer Synagogen schafft. Die Aufhebung des Matrikelzwangs ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur gesellschaftlichen Gleichberechtigung der Juden. Gerade in München wächst die jüdische Bevölkerung nun stark an. Jüdische Bürger werden sichtbarer in Handel, Wissenschaft, Kultur und den freien Berufen.

16. November 1861 – Dankgottesdienst zur Aufhebung des Matrikelzwangs

München-Angerviertel * In der Synagoge wird „ein feierlicher Dankgottesdienst aus Anlass der neuen zur Tatsache gewordenen Aufhebung der Ausnahmegesetze, welche bisher noch auf den Israeliten geruht hatten, abgehalten“.

30. Januar 1866 – Mittelersuchen für einen Synagogen-Neubau



München * Der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde bittet den Münchner Stadtmagistrat um finanzielle Unterstützung für den Neubau einer größeren Synagoge. Doch erst muss ein geeigneter Bauplatz gefunden werden, wobei sich diese Suche sich als ebenso schwierig gestaltet wie die weitere Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Die Verhandlungen ziehen sich in die Länge.

30. Januar 1866 – Finanzielle Unterstützung für den Bau einer größeren Synagoge

München * Weil das anno 1826 fertiggestellte jüdische Gotteshaus an der Westenriederstraße - mit seinen 160 Männer- und 160 Frauen- Betplätzen - bald aus allen Nähten zu platzen droht, bittet der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde den Münchner Stadtmagistrat um finanzielle Unterstützung für den Bau einer größeren Synagoge.

1868 – In München leben 2.068 Juden

München * In München leben 2.068 Juden.

1869 – Veröffentlichung unter eigenem Namen

Tribschen * Während seines Aufenthalts in Tribschen bei Luzern veröffentlicht Richard Wagner das Essay „Das Judentum in der Musik“ erneut, diesmal unter seinem eigenen Namen. Mit diesem Schritt bekräftigt er öffentlich seine bereits 1850 formulierten antisemitischen Ansichten und macht sie einem noch größeren Publikum zugänglich.

3. Juli 1869 – Gleichberechtigung der Konfessionen im Norddeutschen Bund

Norddeutscher Bund * Das Gesetz „betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung“ wird im Norddeutschen Bund erlassen. Es hebt alle rechtlichen Benachteiligungen aufgrund der Religionszugehörigkeit auf.

22. April 1871 – Gleichberechtigung der Konfessionen auch in Bayern

Deutsches Reich * Das bislang nur im Norddeutschen Bund geltende Gesetz „betreffend die



Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung“ wird auf das Königreich Bayern und die übrigen neu zum Deutschen Reich gehörenden Staaten ausgedehnt. Damit gilt die rechtliche Gleichstellung der Juden im gesamten Deutschen Reich.

9. Mai 1873 – Der Beginn des modernen politischen Antisemitismus

Deutsches Reich * Die durch den Gründerkrach ausgelöste schwere Wirtschaftskrise führt dazu, dass viele Menschen nach Schuldigen suchen. Antisemiten behaupten nun, Juden seien für wirtschaftliche Probleme verantwortlich: jüdische Bankiers und Unternehmer sind für den Börsenboom verantwortlich, Juden kontrollieren die Wirtschaft, Juden profitieren auf Kosten der deutschen Bevölkerung. Für diese Behauptungen gab es keine sachliche Grundlage. Dennoch finden sie in der Krisenzeit bei manchen Menschen Anklang. Bis dahin waren Vorurteile gegenüber Juden meist religiös begründet gewesen. Nun ist etwas Neues entstanden: Juden werden als angeblich fremde „Rasse“ dargestellt. Ihre vollständige Integration wird infrage gestellt. Antisemitismus wird zu einem politischen Programm.

1874 – Orthodoxe Münchner Juden erhalten eigenen Betsaal

München-Graggenau * Orthodoxe Münchner Juden treffen sich in einem Betsaal, den der Bankier Emil Neustädter in seinem Privathaus in der Kanalstraße 29, heute Herzog-Rudolf-Straße, eröffnet hat.

1875 – Der moderne Antisemitismus breitet sich aus

München * Obwohl die jüdische Bevölkerung in München weniger als zwei Prozent der Einwohner ausmacht, stößt ihr wachsender Einfluss und ihr gesellschaftlicher Erfolg bei manchen Menschen auf Ablehnung. Ab den 1870er-Jahren breitet sich der moderne Antisemitismus aus. Mithilfe pseudowissenschaftlicher Rassentheorien werden Juden diskriminiert und als Bedrohung für die deutsche Gesellschaft dargestellt. Gleichzeitig entstehen antisemitische Parteien und Organisationen.

April 1876 – Orthodoxe Münchner Juden setzen auf Tradition

München * Die Einführung eines neuen Gebetbuchs und der - traditionell nicht üblichen -



Neugestaltung des Gottesdienstes mit Orgelbegleitung und Chorgesang veranlasst eine kleinere Gruppe orthodoxer Gemeindemitglieder zur Gründung des Vereins Ohel Jakob. Die Traditionalisten wollen „einen permanenten Gottesdienst nach früheren, in der hiesigen Synagoge üblich gewesenen Ritus“ abhalten. Aus diesem Grunde treffen sich die Orthodoxen in verschiedenen, über das ganze Stadtgebiet verteilten Betsälen, darunter in der Kanalstraße 29, heute Herzog-Rudolf-Straße. Trotz der Differenzen spalten sie sich nicht von der Israelitischen Kultusgemeinde ab.

9. April 1876 – Erstmals Orgelbegleitung in der Synagoge

München-Kreuzviertel * Am 50. Jahrestag der Synagoge an der Westenriederstraße findet erstmals ein Gottesdienst statt, in dem die Gesänge von einer Orgel begleitet werden.

1878 – Christlich-soziale Bewegung richtet sich gegen Juden

Berlin * Der Berliner Hofprediger Adolf Stoecker gründet die christlich-soziale Bewegung und beginnt offen gegen Juden zu agitieren.

1878 – Das katholische Stadtpfarramt lehnt die Leichenverbrennung ab

Gotha * In Gotha entsteht Deutschlands erste Leichenverbrennungsanlage. Der Münchner Magistrat befragt daraufhin die drei Religionsgemeinschaften über Einwände gegen die Feuerbestattung. Während die Israelitische Kultusgemeinde keinerlei Einwand sieht und das protestantische Stadtpfarramt Änderungen des Ritus für unnötig erachtet, lehnt das katholische Stadtpfarramt die Leichenverbrennung kategorisch ab. Fürsprecher findet diese Bestattungsform bei den Sozialdemokraten. Sie fordern eine allgemeine Einführung der Feuerbestattung als einzige Möglichkeit, Chancengleichheit zu gewähren, da mit der Leichenverbrennung endlich die Klassenbegräbnisse hinfällig werden würden.

26. September 1879 – Wilhelm Marr gründet die Antisemitenliga

Hamburg * Der Journalist Wilhelm Marr gründet die Antisemitenliga. Sie ist die erste Organisation, die den Begriff „Antisemitismus“ ausdrücklich als politisches Programm verwendet.



November 1879 – Antisemitische Hetze aus dem akademischen Milieu

Berlin * Der Historiker und Professor an der Humboldt-Universität, Heinrich von Treitschke, veröffentlicht seinen Aufsatz „Unsere Aussichten“. Darin formuliert er den Satz „Die Juden sind unser Unglück“, der zu einem zentralen Schlagwort des modernen deutschen Antisemitismus werden wird.

1880 – Die Antisemitenpetition findet Hunderttausende Unterstützer

Hamburg * Die sogenannte „Antisemitenpetition“ sammelt über 250.000 Unterschriften. Gefordert werden unter anderem: Einschränkung jüdischer Rechte, Ausschluss von Juden aus bestimmten Staatsämtern, Begrenzung jüdischer Zuwanderung.

1880 – Antisemitismus wird gesellschaftsfähig

München * In den 1880er-Jahren entstehen zahlreiche antisemitische Vereine, Zeitungen und Parteien. Die Judenfeindschaft wird zunehmend gesellschaftsfähig. Gleichzeitig verbreiten sich pseudowissenschaftliche Rassistheorien, die Juden als „minderwertig“ darstellen. Je erfolgreicher und sichtbarer die jüdische Gemeinde Münchens wird, desto stärker werden auch die antisemitischen Gegenreaktionen.

12. November 1880 – Öffentlicher Protest gegen den Antisemitismus

Deutsches Reich * 75 bedeutende Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker veröffentlichen die „Notabeln-Erklärung“ gegen den Antisemitismus. Sie verteidigen die Gleichberechtigung der Juden.

1882 – Grundstück für die neue Hauptsynagoge gesichert

München-Kreuzviertel * Die Bauplatzsuche für die neue Synagoge ist von Erfolg gekrönt. Auf persönliche Intervention von König Ludwig II. stellt die Königliche Krongutsverwaltung eines der begehrtesten Grundstücke im innerstädtischen Bereich der Haupt- und Residenzstadt dafür zur Verfügung. Es kostet 348.000 Mark und ermöglicht den Bau eines freistehenden und repräsentativen Sakralbaus. Damit hat die jüdische Gemeinde erreicht, was den protestantischen



Gläubigen bis zum heutigen Tag verwehrt blieb: Ein Gotteshaus innerhalb der alten Stadtmauern.

14. Februar 1884 – Die Bauarbeiten an der Hauptsynagoge beginnen

München-Kreuzviertel * Die Bauarbeiten an der neuen Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7 beginnen und lassen das jüdische Gotteshaus in die Höhe wachsen. Zwischenzeitlich hat die Israelitische Kultusgemeinde den Beschluss gefasst, die nahezu sechzig Jahre alte Synagoge an der Westenriederstraße nicht zu erhalten und statt dessen die finanziellen Mittel für die erforderlichen Sanierungsarbeiten in den Bau der neuen Haupt-Synagoge zu investieren.

April 1886 – Die Orthodoxen ziehen in die Hartmannstraße um

München-Kreuzviertel * Der Verein Ohel Jakob zieht in die Hartmannstraße 3 um. Dort befindet sich ein Betsaal für die Gottesdienste. Da die bestehenden Betsäle zu klein und nur eine Übergangslösung darstellen, bemühen sich die Orthodoxen um eine eigene Synagoge.

August 1887 – Münchens neue Hauptsynagoge prägt das Stadtbild

München-Kreuzviertel * Im Sommer 1887 können die Außen- und Innenarbeiten an der Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7 abgeschlossen und der Sakralbau seiner Bestimmung übergeben werden. Die zeitgenössischen Kritiker würdigen den Bau als „ein völlig selbstständiges Werk von ausgeprägter Eigenart, ein Denkmal, nicht nur des Meisters, der es geschaffen hat, sondern auch der Zeit, in der es entstand“. Das „Münchener Tagblatt“ vermerkt überschwänglich, dass das „architektonische Schmückkästchen München“ nun wieder „um eine köstliche Perle reicher geworden“ sei. „Besonders markant und in die Augen springend ist der Turm, der an der westlichen Front über der Vorhalle des Männerraumes und einem Teile der Frauen-Empore errichtet ist. Den Hauptteil der Synagoge bildet der dreischiffige, in 5 Joche gegliederte Hallenbau, der bei einer Länge von 50 Metern rund 30 Metern Breite hat. Das Mittelschiff hat eine Höhe von 18 Metern, die Seitenschiffe von 15 Metern.“ Über die Ausgestaltung im Inneren schreibt der Rabbiner Leo Baerwald: Sie ist „von wohthuender Harmonie in Farbe und Proportionen und wirkt, ohne überladen zu sein, prächtig, da die Synagoge sonst Schlichtheit ausweist“. Und tatsächlich entstand mit der neuen Synagoge ein Bauwerk, das das gewachsene Selbstverständnis der jüdischen Gemeinde Münchens für jedermann weithin sichtbar macht. Das imposante Bauwerk an prominenter Stelle ist ein Symbol und die stolze



Demonstration der Zugehörigkeit der jüdischen Mitbürger zur Münchner Stadtgesellschaft. Die nichtjüdische Gesellschaft hat die jüdische Religiosität und Kultur inzwischen weitgehend respektiert. Bis zur Akzeptanz ist es allerdings noch ein weiter Weg. Das zeigt auch die Formensprache der Synagoge. War schon das Gebäude an der Westenriederstraße äußerlich ein schlichtes, architektonisch unauffälliges Gotteshaus, so lehnt sich auch der Neubau in seiner gestalterischen Orientierung stark an christliche Sakralbauten an. Selbst wenn das Bauwerk beeindruckender ausfiel, so musste die Israelitische Kultusgemeinde dennoch weitgehend auf eine eigenständige architektonische Ausdrucksweise verzichten.

16. September 1887 – Abschied von der alten Synagoge

München-Angerviertel * In den Morgenstunden begehen die jüdischen Gläubigen Münchens in der alten Münchner Synagoge an der Westenriederstraße den letzten Gottesdienst und überführen anschließend die Thora-Rollen in das neue israelitische Gebetshaus, der Haupt-Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7. Dort angekommen legen sie den Schlussstein der Kirche, der eine Kapsel mit einer Urkunde über den feierlichen Akt sowie sämtliche Tageszeitungen und die in Umlauf befindlichen Münzen enthält.

16. September 1887 – Die neue Hauptsynagoge wird feierlich eingeweiht

München-Kreuzviertel * Um 17 Uhr erfolgt - unter interessierter Beteiligung der Münchner Öffentlichkeit und der offiziellen Repräsentanten von Stadt und Staat - die feierliche Einweihung der neuen, nach dreijähriger Bauzeit fertiggestellten Münchner Haupt-Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7. Ausgestattet mit 1.000 Männer- und 800 Frauen-Betstühlen ist sie - nach der Berliner und der Breslauer Synagoge - das drittgrößte deutsche jüdische Gotteshaus. Architekt der Münchner Synagoge ist Albert Schmidt, der zuvor schon die Planungen für die protestantische Lukas-Kirche, die Deutsche Bank und den Löwenbräukeller ausgeführt hat. Der gesamte Kostenaufwand von über 1,5 Millionen Mark für die Kirche und das danebenstehende Gemeindehaus hat die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Jüdischen Kultusgemeinde bis an die Grenzen des Erträglichen belastet. Die Finanzierung des ehrgeizigen Bauvorhabens erfolgt in erster Linie durch Geld- und Sachspenden, aber auch durch den Verkauf von Betstühlen, die zwischen 200 und 1.700 Mark kosten. Der Preis richtet sich nach seinem Platz innerhalb des Sakralraums und der Nähe zur Heiligen Lade. Die neue Haupt-Synagoge entwickelte sich rasch zu einem Mittelpunkt des religiösen und kulturellen Lebens der Münchner Juden. Neben den Gottesdiensten wird das Haus auch für Konzerte und Vorträge genutzt. Das Anwachsen der Kultusgemeinde und der damit verbundene erhöhte Verwaltungsaufwand macht den Bau eines



neuen Gemeindehauses notwendig.

16. September 1887 – Die Münchner Haupt-Synagoge wird eingeweiht

München-Angerviertel - München-Kreuzviertel * In den Morgenstunden begeben die jüdischen Gläubigen Münchens in der alten Münchner Synagoge an der Westenriederstraße den letzten Gottesdienst und überführen anschließend die Thora-Rollen in das neue israelitische Gebetshaus. Dort angekommen legen sie den Schlussstein der Kirche, der eine Kapsel mit einer Urkunde über den feierlichen Akt sowie sämtliche Tageszeitungen und die in Umlauf befindlichen Münzen enthält. Um 17 Uhr erfolgt dann - unter interessierter Beteiligung der Münchner Öffentlichkeit und der offiziellen Repräsentanten von Stadt und Staat - die feierliche Einweihung der neuen, nach dreijähriger Bauzeit fertiggestellten Münchner Haupt-Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7. Ausgestattet mit 1.000 Männer- und 800 Frauen-Betstühlen ist sie - nach der Berliner und der Breslauer Synagoge - das drittgrößte deutsche jüdische Gotteshaus und Zentrum der liberal ausgerichteten Mehrheitsgemeinde. Die zeitgenössischen Kritiker würdigen den Bau als „ein völlig selbständiges Werk von ausgeprägter Eigenart, ein Denkmal, nicht nur des Meisters, der es geschaffen hat, sondern auch der Zeit, in der es entstand“. Und das Münchner Tagblatt vermerkt überschwänglich, dass das „architektonische Schmuckkästchen“ München nun wieder „um eine köstliche Perle reicher geworden“ ist.

Oktober 1887 – Keine orthodoxe Synagoge in der Theaterstraße

München-Angerviertel * Mit der Fertigstellung der neuen Hauptsynagoge wird das Gesuch gestellt, die bisherige Synagoge an der Westenriederstraße den Orthodoxen mietweise zur Verfügung zu stellen. Teils um die Spaltung der Gemeinde nicht zu vertiefen, teils aus finanziellen Gründen wird die Bitte abgelehnt, die alte Synagoge stattdessen verkauft. Eine Restaurierung des baufälligen Hauses wäre teuer gewesen, der Erlös aus dem wertvollen Grundstück wurde von der Kultusgemeinde dringend benötigt.

1888 – Die Nebengebäude der Hauptsynagoge entstehen

München-Kreuzviertel * Der Bau des Verwaltungs- und Wohnungsgebäudes an der Herzog-Max-Straße 3 und 5 - neben der Hauptsynagoge - beginnt.



1889 – Gemeindezentrum an der Herzog-Max-Straße 3 eröffnet

München-Kreuzviertel * Der Bau des Gebäudes an der Herzog-Max-Straße 3 ist fertiggestellt. Er beherbergt - bis zur Enteignung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1938 - neben Wohnungen und zwei Betsälen das Wohlfahrts- und Jugendamt sowie die Israelitische Armenpflege, das Rabbinat und die Kanzlei der Münchner Kultusgemeinde.

1891 – Der Grundstein für die Ohel-Jakob-Synagoge wird gelegt

München-Graggenau * Der Grundstein für die neue Ohel-Jakob-Synagoge in der Kanalstraße 23, später Herzog-Rudolf-Straße 3, kann gelegt werden. Die Finanzierung des Gebetshauses erfolgt vollständig aus den eigenen Mitteln der orthodoxen Gemeinde, die durch großzügige Spenden gesammelt werden konnten.

Dezember 1891 – Angriffe auf die rechtliche Gleichstellung der Juden

München * Der „Deutsch-Soziale Verein“ verlangt die Aufhebung des Emanzipationsgesetzes von 1869, das die rechtliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung festgeschrieben hatte. Zudem fordert er eine Beschränkung der Gewerbefreiheit, die Einführung von Befähigungsnachweisen sowie Maßnahmen gegen neue Vertriebsformen, insbesondere gegen die aufkommenden Warenhäuser, die nach Ansicht des Vereins den örtlichen Einzelhandel und das traditionelle Handwerk gefährden.

Dezember 1891 – Die erste antisemitische Gesellschaft in München gegründet

München * Mit dem Deutsch-Sozialen-Verein wird in München erstmals eine antisemitische Gesellschaft gegründet. Er fordert unter anderem die Aufhebung des Emanzipationsgesetzes von 1869, das die jüdische Bevölkerung erstmals offiziell vor dem Gesetz gleichstellt. Darüber hinaus die Beschränkung der Gewerbefreiheit, die Einführung von Befähigungsnachweisen sowie ein Verbot der neuen, die Existenz der ortsansässigen Detailhändler und des heimischen Handwerks bedrohende Verkaufsformen, worunter in erster Linie die gerade aufkommenden Warenhäuser gemeint sind.

25. März 1892 – Einweihung der Ohel-Jakob-Synagoge



München-Graggenau * Die Ohel-Jakob-Synagoge in der Kanalstraße 23, später Herzog-Rudolf-Straße 3, wird feierlich eingeweiht. Der Name „Ohel Jakob“ bedeutet „Zelt Jakobs“ und verweist auf das biblische Bild des Zeltes als Ort der Gegenwart Gottes. Errichtet wird die Synagoge vom Verein Ohel Jakob, der die orthodoxen Juden Münchens vertritt und den Bau vollständig durch Spenden finanziert. Das von August Exter entworfene Gotteshaus bietet Platz für rund 150 Gläubige und verfügt über eine Frauenempore. Mit einer Höhe von etwa 19 Metern und seiner vergleichsweise schlichten Dimension wirkt der Bau eher wie eine kleine Pfarrkirche als wie die monumentale Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße. Dennoch entwickelt sich die Synagoge rasch zum religiösen Zentrum der orthodoxen jüdischen Gemeinde Münchens. Architektonisch verbindet das Gebäude verschiedene historische Stilrichtungen. Die Straßenfassade orientiert sich an romanischen Kirchenbauten und wird durch frühgotische Elemente ergänzt. Besonders prägend sind das große Rundfenster mit Davidsstern sowie die zentrale Kuppel, die von byzantinischen Vorbildern inspiriert ist. Auch im Inneren spiegelt die Architektur die religiösen Funktionen wider: Über dem Thoraschrein erhebt sich ein neugotisches Rippengewölbe, während die zentrale Kuppel den Blick auf den Almemor, das Lesepult für die Toralesung, lenkt. Die Errichtung der Synagoge kostet rund 250.000 Mark. Zum Ensemble gehört außerdem eine Israelitische Volksschule in den benachbarten Gebäuden. Sie besitzt den Status einer öffentlichen Konfessionsschule.

1893 – Erweiterung der Ohel-Jakob-Synagoge

München-Graggenau * Die Ohel-Jakob-Synagoge wird um eine gemauerte Laubhütte ergänzt. Sie dient der Feier des jüdischen Laubhüttenfestes [= Sukkot] und erweitert die religiösen Nutzungsmöglichkeiten des Synagogenensembles.

Oktober 1893 – Die antisemitische Aktion „Kauft nicht bei Juden“

München * Im Deutschen Volksblatt wird die von den Antisemiten propagierte Aktion „Kauft nicht bei Juden“ mit dem Abdruck einer Liste jüdischer Geschäftsinhaber in München begleitet. Ziel ist dabei der Boykott der jüdischen Geschäfte durch die christlichen Konsumenten.

Oktober 1893 – Organisierter Boykott jüdischer Geschäfte

München * Der Antisemitismus in München nimmt eine neue Dimension an. Das antisemitische „Deutsche Volksblatt“ veröffentlicht eine Liste jüdischer Geschäftsinhaber der Stadt und



unterstützt damit die Parole „Kauft nicht bei Juden“. Ziel der Kampagne ist es, christliche Kunden zum Boykott jüdischer Geschäfte zu bewegen. Die Aktion verdeutlicht, dass antisemitische Ausgrenzung in München bereits Jahrzehnte vor der NS-Herrschaft organisiert und öffentlich propagiert wird.

1897 – Die bayerischen Juden lehnen die Zionistische Bewegung ab

München * Die Israelitische Kultusgemeinde München wehrt sich massiv gegen die Zionistische Bewegung von Theodor Herzl, der in der bayerischen Haupt- und Residenzstadt den ersten Zionisten-Kongress abhalten will. Herzl hat sich für München als Veranstaltungsort entschieden, weil „diese Stadt als gastfreundlich gilt und ein geeigneter Verkehrsmittelpunkt“ ist. Der zionistische Gedanke, der auf die Verwirklichung einer jüdischen Nation mit einem eigenen Staat Palästina hinzielt, wird von den bayerischen Juden abgelehnt. Sie fühlen sich als deutsche Staatsbürger und sehen durch das zionistische Gedankengut ihre Bemühungen um Integration gefährdet. Sie wollen alles unterlassen, was den antisemitischen Parolen von der „fremden jüdischen Rasse“ und „dass die Juden Liebe und Anhänglichkeit zu ihrem Vaterlande nicht besitzen“ neue Argumente liefern könnte. Der Widerstand der Münchner Juden bewirkt, dass der erste Zionisten-Kongress in Basel stattfinden muss.

1897 – Widerstand gegen den ersten Zionistenkongress in München

München * Die Israelitische Kultusgemeinde München lehnt die von Theodor Herzl initiierte zionistische Bewegung entschieden ab. Herzl plant, den ersten Zionistenkongress in München abzuhalten, da die Stadt als gastfreundlich gilt und über günstige Verkehrsverbindungen verfügt. Der Zionismus, der die Gründung einer jüdischen Heimstätte in Palästina anstrebt, stößt bei vielen bayerischen Juden auf Ablehnung. Sie verstehen sich als deutsche Staatsbürger und befürchten, dass zionistische Bestrebungen ihre gesellschaftliche Integration gefährden könnten. Zudem wollen sie vermeiden, antisemitischen Vorurteilen Vorschub zu leisten, die Juden mangelnde Verbundenheit mit ihrem Vaterland unterstellen. Der Widerstand der Münchner Juden führt schließlich dazu, dass der erste Zionistenkongress 1897 nicht in München, sondern in Basel stattfindet. Das Ereignis verdeutlicht das starke Selbstverständnis vieler Teile des bayerischen Judentums als integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft.

1898 – Die arische Wiener Alpine Gesellschaft D'Reichensteiner



Wien * Die Wiener Alpine Gesellschaft D'Reichensteiner beschließt bei ihrer Gründung einen Arier-Paragrafen, um damit jüdische Mitbürger von der Mitgliedschaft auszuschließen.

1899 – Die arische Alpenvereins-Sektion Brandenburg des DuOeAV

Brandenburg * Die Alpenvereins-Sektion Brandenburg des DuOeAV wird ausschließlich für „christlich getaufte, deutsche Staatsbürger“ gegründet.

1899 – Das Kaufhaus Hermann Tietz wird als erstes Kaufhaus eröffnet

München * Das Kaufhaus Hermann Tietz, der spätere Hertie, wird als erstes Kaufhaus in München eröffnet. Der Kaufhausbesitzer muss sich mehrmals vor Gericht den Anschuldigungen der Antisemiten erwehren, dass er durch ihre niedrigen Löhne die Verkäuferinnen zur Prostitution treiben würde. Das bringt zwar den Anschuldigern hohe Geldstrafen ein, hat aber auch Auswirkungen auf das Geschäft des Warenhauses Tietz.

März 1900 – Antisemitische Ausschreitungen im Kreuzbräu

München-Hackenviertel * Als der Wiener Gemeinderat Lucian Brunner im Münchner Kreuzbräu im Auftrag des Historikers und Pazifisten Ludwig Quidde für den liberalen Demokratischen Verein einen Vortrag halten soll, kommt es durch Parteigänger der Christlich-Sozialen-Vereinigung zu Ruhestörungen und einer Massenschlägerei. Als Quidde das Rednerpult betritt, „ging ein wütendes Gejohle und Gepfeife an, unterbrochen von Rufen: [...] „Raus mit dem Juden“. Am Veranstaltungslokal bringen die Antisemiten ein Plakat mit folgender Aufschrift an: „Hier werden wegen Kohlemangels Juden verbrannt“.

März 1900 – Antisemitische Ausschreitungen bei einer politischen Versammlung

München-Hackenviertel * Bei einer Veranstaltung des Liberalen Demokratischen Vereins im Münchner Kreuzbräu kommt es zu schweren Störungen und einer Massenschlägerei. Der Wiener Gemeinderat Lucian Brunner soll dort im Auftrag des Historikers und Pazifisten Ludwig Quidde einen Vortrag halten. Anhänger der Christlich-Sozialen Vereinigung versuchen jedoch, die Veranstaltung zu verhindern. Als Ludwig Quidde das Rednerpult betritt, wird er mit lautem Gejohle, Pfeifkonzerten und antisemitischen Rufen empfangen. Vor dem Veranstaltungslokal



bringen die Störer zudem ein Plakat mit der Aufschrift „Hier werden wegen Kohlemangels Juden verbrannt“ an. Der Vorfall verdeutlicht die zunehmende öffentliche Präsenz und Radikalisierung antisemitischer Agitation in München zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

1902 – Die Zeitschrift „Hammer, Blätter für deutschen Sinn“

Leipzig * Der Publizist Theodor Fritsch, der seine politischen Aktivitäten auf den Mittelstand konzentriert, gibt die Zeitschrift „Hammer, Blätter für deutschen Sinn“ heraus. Schon 1887 hatte er einen Antisemiten-Katechismus verfasst, der anno 1907 neu überarbeitet unter dem Titel Handbuch der Judenfrage neu erschienen war. Sein Leipziger Hammerverlag verlegt nicht nur zahlreiche völkische Bücher und Zeitschriften, wie die Antisemitische Correspondenz, die Deutschsozialen Blätter sowie den bereits erwähnten Hammer, Blätter für deutschen Sinn, sondern auch den Deutschen Müller, eine damals bekannte Wirtschaftszeitung. Schon vor dem Ersten Weltkrieg erzielen die Produkte des Hammerverlags Aufmerksamkeit und hohe Auflagen.

1905 – Paul Nicolaus Cossmann konvertiert zum katholischen Glauben

München * Paul Nicolaus Cossmann konvertiert vom jüdischen zum katholischen Glauben. Während des Ersten Weltkriegs tauscht er seine liberalen Ideen gegen einen skrupellosen Nationalismus ein. In den „Süddeutschen Monatsheften“ wird er später verbissen die „Dolchstoß“-Theorie propagieren.

1905 – Antisemitische Kampagnen gegen das Kaufhaus Tietz

München * Die Firma Hermann Tietz, die seit 1899 das erste Kaufhaus Münchens betreibt, sieht sich wiederholt antisemitisch motivierten Anschuldigungen ausgesetzt. Gegner des Unternehmens behaupten öffentlich, die niedrigen Löhne zwängen Verkäuferinnen zur Prostitution. Gegen diese Verleumdungen geht die Firma mehrfach erfolgreich gerichtlich vor. Zwar werden die Urheber der Anschuldigungen zu hohen Geldstrafen verurteilt, doch die Kampagnen schaden dem Ansehen des Kaufhauses und wirken sich negativ auf dessen Geschäftsergebnis aus. Die Vorfälle zeigen, wie wirtschaftlicher Erfolg jüdischer Unternehmen zunehmend zum Ziel antisemitischer Angriffe wird.



10. August 1905 – Antisemitische Angriffe auf die Unionsbrauerei

München-Haidhausen * Auch die von jüdischen Unternehmern geführte Unionsbrauerei wird Ziel antisemitischer Kampagnen. In der „Münchener Bier-Chronik“ vom 10. August 1905 wird ihr Bier als die „letzte Brühe“ und als „Dividenden-Wasser“ verunglimpft. Hinter der vermeintlichen Kritik an der Qualität des Produkts stehen vielfach Ressentiments gegen jüdische Geschäftsinhaber und deren wirtschaftlichen Erfolg. Der Vorfall zeigt, wie antisemitische Vorurteile zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend auch im Wirtschaftsleben öffentlich verbreitet und zur Diffamierung jüdischer Unternehmen eingesetzt werden.

18. Dezember 1905 – Prozess gegen antisemitische Verleumdungen

München-Maxvorstadt * Gegen die diffamierenden Angriffe auf die Unionsbrauerei geht deren Eigentümer Joseph Schüle in juristisch vor. Am 18. Dezember 1905 verhandelt das Amtsgericht München I im Justizpalast an der Prielmayerstraße die Klage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Münchener Bier-Chronik“. Im Verlauf des Verfahrens zeigt sich, dass die gegen die Brauerei erhobenen Vorwürfe jeder sachlichen Grundlage entbehren. Gleichzeitig treten die antisemitischen Motive hinter den Angriffen deutlich zutage. Die Verhandlung macht sichtbar, dass sich die Kritik an der Unionsbrauerei weniger gegen deren Produkte richtet als gegen die jüdische Herkunft ihres Eigentümers. Die Redaktion der „Münchener Bier-Chronik“ wird zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt und muss die Urteilsverkündung veröffentlichen. Ungeachtet dessen reagiert sie mit einem polemischen Nachbericht, der erneut antisemitische Untertöne erkennen lässt.

1. August 1914 – Aufruf an die deutschen Juden!

Berlin * Der Verband der Deutschen Juden und der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens erlassen einen „Aufruf an die deutschen Juden!“ Darin fordern sie ihre Glaubensgenossen auf, ihre Kräfte „über das Maß der Pflicht hinaus“ dem „Vaterlande zu widmen“. Und weiter heißt es: „Eilet freiwillig zu den Fahnen! Ihr alle - Männer und Frauen - stellt Euch durch persönliche Hilfeleistung jeder Art und durch Hergabe von Geld und Gut in den Dienst des Vaterlandes!“

1. November 1916 – Die Anordnung der Judenzählung im deutschen Heer



Berlin * Anordnung der Judenzählung im deutschen Heer. Obwohl das Kriegsministerium alle antisemitischen Absichten abstreitet, sind die dahinterstehenden Beweggründe dennoch deutlich erkennbar. Viele Redewendungen sind den Pamphleten des antijüdischen Reichshammerbundes entnommen.

23. März 1917 – 25 Jahre Synagoge an der Herzog-Rudolf-Straße

München-Graggenau * Die orthodoxe Ohel-Jakob-Synagoge an der Herzog-Rudolf-Straße begeht sein 25. Jubiläum.

2. September 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP wird gegründet

Königsberg * Am Tag des Friedens bei Sedan wird die erzkonservative, nationalistische, völkische und antisemitische Deutsche Vaterlandspartei - DVLP von ultrarechten Kräften, darunter Großadmiral Alfred von Tirpitz und dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, gegründet. Innenpolitisch kündigt die Vaterlandspartei den Burgfrieden von rechts auf. Sie plädiert für einen unterdrückenden und autoritären Kurs gegenüber der Arbeiterbewegung und greift auch bürgerliche Politiker heftig an, die sich – wie beispielsweise der Zentrums Politiker Matthias Erzberger - für eine Reform des politischen Systems unter Einbeziehung der SPD aussprechen. Die Parteiführung verfolgt den Plan, mit Hilfe eines „starken Mannes“ einen autoritären Staatsumbau einzuleiten und dabei den Reichstag und die Linksparteien auszuschalten. Im äußersten Fall sollte auch der „zu weiche Kaiser“ Wilhelm II. bei einer sich bietenden Gelegenheit für „regierungsunfähig“ erklärt und der weit rechts stehende Kronprinz von Preußen zum Regenten ernannt werden. Außenpolitisch tritt die Vaterlandspartei für einen deutschen Siegfrieden und ein umfassendes Programm direkter und indirekter Expansion ein. Mit ihren Kampagnen gegen einen Verzichtfrieden - oder Judenfrieden genannten Verständigungsfrieden - und gegen Schlappheit und Verrat an der Heimatfront legt die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP den Grundstein für den Nachkriegsdiskurs über die Novemberverbrecher und die Dolchstoß-Legende.

2. November 1917 – England verspricht den Juden ein „national home“ in Palästina

London - Berlin * Der britische Außenminister Arthur James Earl of Balfour verspricht den Juden ein „national home“ in Palästina. Die Balfour-Deklaration wird in Deutschland von rechtsgerichteten Kreisen als Bündnis Großbritanniens mit den Zionisten zu antisemitischer



Agitation genutzt.

21. Januar 1918 – Die Unruhen greifen auf die k.u.k.-Armee über

Österreich-Ungarn * Nun greifen die Unruhen auf die Armee über. Es kommt zu Soldatenmeutereien unter Truppen südslawischer Herkunft in Judenburg und Pécs, bei Truppen mit tschechischen Soldaten im böhmischen Rumburg und unter ungarischen Regimentern in Budapest.

16. September 1918 – Der Alld Deutsche Verband hetzt gegen Kurt Eisner

München * In einem Flugblatt des Alld Deutschen Verbandes anlässlich der Nominierung Kurt Eisners für den bevorstehenden Reichstagswahlkampf heißt es: „Ein russischer Jude als Reichstagskandidat. [...] Eisner wird ja nicht gewählt werden, aber dass eine Partei es überhaupt wagen darf, einen russischen Juden, der wegen Landesverrat verurteilt wurde [was nicht stimmt], aufzustellen, müsste dem Arbeiter die Schamröte ins Gesicht jagen!“

7. Oktober 1918 – Walther Rathenau verlangt eine allgemeine Volkserhebung

Berlin - Spa * Der jüdische Industrielle Walther Rathenau gibt in einem Artikel im Berliner Tageblatt zu bedenken, dass die mit Woodrow Wilson auszuhandelnde Waffenstillstands- und Friedensabkommen für die Deutschen bedeuten: eine Zahlung von bis zu 50 Milliarden Mark für den Wiederaufbau von Belgien und Nordfrankreich und den möglichen Verlust von Elsass, Lothringen und Danzig. Er fordert deshalb eine allgemeine Volkserhebung, um die unausweichlichen Waffenstillstandsverhandlungen aus einer Position der Stärke heraus zu führen. Er fordert die Oberste Heeresleitung - OHL dazu auf, die deutschen Armeen hinter die nationalen Grenzen zurückzuziehen, um sie hier für einen neu motivierenden Verteidigungskrieg aufzustellen. Generalquartiermeister Erich Ludendorff und die Oberste Heeresleitung lehnen die Vorschläge als vollkommen unakzeptabel ab, da durch die Unzuverlässigkeit der Soldaten in der Heimat die Gefahr eines revolutionären Umsturzes nur noch vergrößert werden würde. Walther Rathenaus Thesen stoßen im Volk auf eine breite Resonanz. Er wird zum Wortführer derer, die die Meinung vertreten: Deutschland ist nicht besiegt und braucht deshalb keinen sofortigen Waffenstillstand. Der ultranationalistische und antisemitische Reichsbote und die alld Deutsche Zeitung vergessen kurzzeitig ihre traditionelle Abneigung gegen Juden und stellen sich hinter Rathenaus Argumentation.



19. Oktober 1918 – Die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht benutzen

Berlin * Der Vorsitzende des Aldeutschen Verbands - ADV, Heinrich Claß, äußert sich auf der Sitzung der Führungsspitze: „Die Bundesfürsten haben sich ebenso behandeln lassen [wie der Kaiser]. Sollen wir die Monarchie noch verteidigen, nachdem sie sich selbst überall aufgegeben?“

In der selben Sitzung verabschiedet der Vorstand einen Aufruf, in dem sich der Verband erstmals öffentlich zum Antisemitismus bekennt. Es gelte „die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht zu benutzen, Furcht und Schrecken [...] in der Judenschaft [zu verbreiten]. [...] Ich werde [...] vor keinem Mittel zurückschrecken und mich in dieser Hinsicht an den Ausspruch Heinrich von Kleist's, der auf die Franzosen gemünzt war, halten: Schlagt sie tot, das Weltgericht fragt Euch nach Gründen nicht!“

3. November 1918 – Wilhelm II. denkt nicht an Abdanken

Spa * In einer Niederschrift über das von Reichskanzler Max von Baden beauftragte Abdankungs-Ansinnen an Kaiser Wilhelm II. versichert dieser, dass er auf seinem Posten bleiben will. „Ich denke gar nicht daran abzdanken. Der König von Preußen darf Deutschland nicht untreu werden und in dieser Stunde am allerwenigsten; ich habe auch meinen Eid geschworen und den werd' ich halten. Ich denke gar nicht daran, den Thron zu verlassen wegen der paar Hundert Juden und der tausend Arbeiter.“

8. November 1918 – Thomas Mann und die Revolutionäre

München-Bogenhausen * Thomas Mann hatte sich während des Krieges als kaisertreuer Anhänger einer elitären, nicht auf demokratischen, sondern oligarchischen Prinzipien [= Herrschaft von Wenigen] beruhenden Gesellschaftsordnung bekannt und zudem die deutsche Kriegspolitik verteidigt. Er schreibt in sein Tagebuch: „München, wie Bayern, regiert von jüdischen Literaten. Wie lange wird es sich das gefallen lassen? [...] Bei uns ist Mitregent ein schmieriger Literaturschieber wie Herzog, der sich durch Jahre von einer Kino-Diva aushalten ließ, ein Geldmacher und Geschäftsmann im Geist, von der großstädtischen Scheißeleganz des Judenbengels, der nur in der Odeonbar zu Mittag aß, aber Ceoni's [Zahnarzt auch der Familie Mann] Rechnungen für die teilweise Ausbesserung seines Kloakengebisses nicht bezahlte. Das ist die Revolution! Es handelt sich so gut wie ausschließlich um Juden.“



9. November 1918 – Die Thule-Gesellschaft bekämpft die Revolution

München-Graggenau * Nur einen Tag nach der Konstituierung des Provisorischen Nationalrats unter Ministerpräsident Kurt Eisner lädt Freiherr Rudolf von Sebottendorff zu einem konspirativen Treff der Thule-Gesellschaft ins Hotel Vier Jahreszeiten. Das Interesse ist so groß, dass alle wichtigen Vertreter völkischer und antisemitischer Gruppierungen aus München und der näheren Umgebung der Einladung folgen. Nun war man unter sich - und Sebottendorff konnte Klartext reden: „Uns hasst der Feind mit dem grenzenlosen Hasse der jüdischen Rasse, es geht jetzt Auge um Auge, Zahn um Zahn! Unser Orden ist ein Germanenorden, germanisch ist die Treue. [...]. Die gestrige Revolution, gemacht von Niederrassigen, um den Germanen zu verderben, ist der Beginn der Läuterung. Nun wollen wir reden vom Deutschen Reich, jetzt wollen wir sagen, daß der Jude unser Todfeind ist, von heute ab werden wir handeln.“ Ohne Umschweife fordert er den „kompromisslosen bewaffneten Kampf gegen die neue Regierung“, da sie für ihn nur die „Herrschaft der Niederrassigen unter der Führung von Juda“ ist. Und da gibt es für ihn kein Zurückhalten: „Jetzt heißt es kämpfen [...] bis das Hakenkreuz siegreich aufsteigt.“

20. November 1918 – Pacelli begründet seine Ablehnung der Regierung Eisner

München - Vatikan * Der päpstliche Nuntius Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., berichtet in seinem dritten analytisch-zusammenfassenden Bericht ausführlich an den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri zur Deutung und Auswirkung der Revolution nach Rom. In diesem Brief begründet Nuntius Pacelli auch, warum er den Kontakt zur neuen bayerischen Regierung unter Kurt Eisner ablehnt: Die Entscheidung zum Kulturkampf statt zum pragmatischen Kompromiss. Das Entgegenkommen der neuen Regierung ist nur taktisch bis zur nächsten Wahl, danach beginnt die offene Kirchenfeindschaft. Ein diplomatischer Kontakt wird die Katholiken nur verwirren und demobilisieren, anstatt sie auf den Gegner einzuschwören. Die Regierung Eisner besteht aus Juden, Atheisten und Protestanten, alles Sozialisten. Mit solchen Leuten sind keine anständigen Beziehungen möglich. Eisner ist ein ostgalizischer Jude, der wegen politischer Verbrechen mehrfach bereits eingesperrt war.

6. Dezember 1918 – Die antisemitischen Tendenzen des Bayerischen Kuriers

München * Der Bayerische Kurier, das Organ der Bayerischen Volkspartei - BVP, zeigt ganz eindeutig antisemitische Tendenzen: „Für die BVP spielt auch die Rassenzugehörigkeit keine Rolle. [Ihre Mitglieder] achten und ehren jeden ehrlichen Juden. [...] Was aber bekämpft werden muss, das sind die zahlreichen atheistischen Elemente eines gewissen internationalen



Judentums mit vorwiegend russischer Färbung“. Die politischen Parolen der Bayerischen Volkspartei lauten: „Los von Berlin!“ und „Bayern den Bayern!“. Die letzte Aussage richtet sich nicht gegen Preußen, sondern vor allem gegen die Juden, die in der Regierung Eisner zahlreich vertreten sind.

7. Dezember 1918 – Räte: Der Abschaum der Bevölkerung

München - Vatikan * Uditore [= die rechte Hand des Nuntius] Lorenzo Schioppa berichtet an den Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri: „Der Münchner Arbeiter- und Soldatenrat setzt sich aus dem Abschaum der Bevölkerung zusammen, aus vielen Nichtbayern aus der Marine, Juden, Einheimischen, die schon lange gegen Adel und Klerus aufbegehren, und kaum aus Bürgern und Soldaten, die wirklich an der Front waren“.

10. Dezember 1918 – Antisemitismus im Buchloer Anzeigenblatt

Buchloe - München * Im Buchloer Anzeigenblatt erscheint ein antisemitischer Artikel. Dem Redakteur Célestin Rabis schwebt sogar eine Endlösung vor. „Der Jude Eisner spielt Diktator und beschwindelt das Volk wie vordem unsere Diplomaten. [...] Politik ist und bleibt ein Geschäft, und Jude bleibt Jude. [...] Die Judenfrage ist ein Problem für sich, welches das deutsche Volk endlich einmal mit gerechter Strenge zu lösen hat, aufgefasst als Rassenfrage und nicht als Religionsproblem.“

29. Januar 1919 – Die Freisinger Erklärung der bayerischen Bischöfe

Freising * Für den Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber ist Kultusminister Johannes Hoffmann ein „ausgesprochener Kulturkämpfer und Kirchenhasser“. In ihrer Freisinger Erklärung fassen die Bischöfe ihren „flammenden Protest“ zusammen und prangern in einem Hirtenbrief die Maßnahme als „Fehdehandschuh gegen den Herrn selbst“ an. Der Hirtenbrief beginnt so: „Herodes der Kindermörder ließ die unschuldigen Kinder von Bethlehem hinschlachten. Unbekümmert um das Weinen und Wehklagen der Mütter, unbekümmert um das Todeswimmern der sterbenden Kinder, ließ er an wehrlosen Kindern seine Wut aus, um mit ihnen den neugeborenen König der Juden, den vermeintlichen Anwärter seines Thrones aus dem Weg zu schaffen.“ In einer extrem polemischen und ehrverletzenden Art geht es weiter: „Geliebte Erzdiözesanen! Am letzten Montag ist im Volksstaate Bayern eine Verordnung ergangen, die vor dem Richterstuhl Gottes schwerer wiegt als der Blutbefehl des Herodes. Durch eine Verordnung



des Unterrichtsministers wurde der Religionsunterricht in allen bayerischen Schulen als Pflichtfach abgesetzt und als Wahlfach der Willkür der Eltern und Vormünder ausgeliefert.“

22. März 1919 – Die Saubande von Juden-Preußen in München

Schloss Wildenwart * Ex-Prinzessin Wiltrud notiert in ihr Tagebuch: „So lange Papa und Rupprecht etwas zu sagen gehabt hatten, wäre es nie so weit gekommen. Die Saubande von Juden-Preußen in München hat uns um unser Vaterland gebracht, wir werden jetzt eine Art Provinz des Reiches“.

9. April 1919 – Gemäßigte Linke wollen kommunistische Führer der Räterepublik verhaften

München * Führende Männer der gemäßigten politischen Linken planen, die kommunistischen Führer der Räterepublik und die Ausländer und Juden zu verhaften. Zusammen mit Carl Gandorfer, dem Polizeipräsidenten Josef Staimer und Stadtkommandant Oskar Dürr will der Volksbeauftragte der Justiz, Konrad Kübler, gegen die Kommunisten gewaltsam vorgehen.

10. April 1919 – Der Verein der Staatsbürger jüdischen Glaubens wehrt sich

München * Der Verein der Staatsbürger jüdischen Glaubens wehrt sich in Erklärungen gegen die in Flugblättern erhobenen Vorwürfe, dass die Juden die eigentlichen Triebkräfte der Revolution sind.

12. April 1919 – Die BVP wehrt sich gegen land- und rassefremde Elemente

München * In einem von der Bayerischen Volkspartei - BVP veröffentlichten Aufruf lehnt sie „jede Vergewaltigung des Volksganzen durch eine terroristische, von land- und rassefremden Elementen geführte Minderheit entschieden ab und verlangt, [dass] endlich die Verhetzung weiter Kreise durch ausländische politisierende Juden ein Ende hat“.

14. April 1919 – Die Regierung Hoffmann arbeitet mit Rechtsextremisten zusammen



Bamberg * Die Regierung Hoffmann setzt auf das neu eingerichtete Propagandaministerium und die Zusammenarbeit mit bekennenden Rechtsextremisten. Im Regierungsorgan Freistaat werden die Räteanhänger aufs übelste diffamiert und als „ausländische Juden“, „land- und rassenfremde Elemente“ sowie als „Terroristen“ diffamiert. Ernst Toller gibt daraufhin im Auftrag des Zentralrats ein Flugblatt an die Bürger der Räterepublik heraus. In diesem macht er auf die antisemitischen Hintergründe aufmerksam und fordert die Bevölkerung zum Widerstand dagegen auf.

18. April 1919 – Ernst Niekisch bezeichnet Ernst Toller als gänzlich unfähig

München * Ernst Niekisch notiert über Ernst Toller in sein Tagebuch: „Toller: junger, eitler, ehrgeiziger Student, Judenbengel, der aber voller Zerfahrenheit und gänzlich unfähig ist.“

29. April 1919 – Dem Münchener Spießer geschah es schon recht

Schleißheim * Im Jahr 1927 kommt das in insgesamt zehn Auflagen erschienene Buch „Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben“ auf den Markt. Darin beschreibt Manfred von Killinger seine stark antisemitisch geprägten Erinnerungen als Freikorpsführer der Marine-Brigade-Ehrhardt in der Zeit der Niederschlagung der Münchner Räterepublik. Das Buch beginnt so: „Von Saalfeld kommend, luden wir in Schleißheim aus. Das Vierte Regiment hatte bereits gesichert. Wir bekamen Befehle. München war umstellt. Diesmal würde es zu harten Kämpfen kommen. In München hatte die rote Brut das Heft fest in der Hand. Lewin [!] Leviné-Nissen, Mühsam usw., was waren das für Namen. Waren das Bayern? Jüdisches, internationales Gesindel, die Intellektuellen aus Schwabing. Es musste ja so kommen. Dem Münchener Spießer geschah es schon recht. Jahrelang hatte er das Treiben in Schwabing mit angesehen, das Treiben, das im Simplicissimus seinen Niederschlag gefunden hatte. Jahrelang hatte er behäbig lachend mit angesehen, wie Kirche und Thron von diesen Kreisen in den Dreck gezogen wurden, und das als guten Witz aufgefasst. Jetzt zeigte ihm die Bestie das wahre Gesicht“.

14. September 1919 – Der Antisemitismus von Hitlers Förderer

München * Der den Gefreiten Adolf Hitler stark unterstützende Hauptmann Karl Mayr äußert sich zu Hitlers stark ausgeprägten Antisemitismus so: „Ich bin mit dem Herrn Hitler durchaus der Anschauung, dass das, was man Regierungssozialdemokratie heißt, vollständig an der Kette der Judenheit liegt. [...] Alle schädlichen Elemente müssen wie Krankheitserreger ausgestoßen oder



„verkapselt“ werden. So auch die Juden.“

16. März 1920 – Der Antisemitismus wird gewalttätig

München * Der Antisemitismus wird gewalttätig. Der konservative Ministerpräsident Gustav von Kahr (BVP) kündigt in seiner ersten Regierungserklärung an, gegen die „Überfremdung durch Stammesfremde“ einzuschreiten und erklärt die „Reinhaltung des eigenen Volkes von fremden Elementen“ zum Gebot der Stunde. Er meint damit den besonders verhassten „Teil der jüdischen Rasse“, die Ostjuden. Münchens Polizeipräsident Ernst Pöhner hält es für nicht ausgeschlossen, wenn „wegen der unerträglichen Teuerung etwas unternommen, etwa einige Juden aufgehängt würden“. Gegen die gewalttätigen und gewaltbereiten Antisemiten unternimmt die Münchner Polizei allerdings nichts. Nun wird die Situation für die jüdischen Mitbürger unerträglich. Viele verlassen die Stadt.

16. März 1920 – Antisemitische Hetze und zunehmende Gewalt

München * Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs verschärft sich das politische Klima in München deutlich. Antisemitische Ressentiments treten zunehmend offen zutage und werden auch von führenden Vertretern des öffentlichen Lebens verbreitet. In seiner Regierungserklärung vom 16. März 1920 kündigt Ministerpräsident Gustav von Kahr Maßnahmen gegen die angebliche „Überfremdung durch Stammesfremde“ an und fordert die „Reinhaltung des eigenen Volkes von fremden Elementen“. Die Äußerungen richten sich insbesondere gegen die aus Osteuropa zugewanderten Juden, die verstärkt zum Ziel antisemitischer Hetze werden. Auch Münchens Polizeipräsident Ernst Pöhner fällt durch offen antisemitische Äußerungen auf und verharmlost Gewalt gegen Juden. Gleichzeitig gehen die Behörden nur unzureichend gegen antisemitische Übergriffe und gewaltbereite Gruppierungen vor. Für viele jüdische Münchnerinnen und Münchner verschlechtert sich die Lebenssituation erheblich. Angesichts der zunehmenden Anfeindungen und Bedrohungen verlassen zahlreiche jüdische Familien die Stadt.

5. September 1920 – Adolf Hitler hält im Münchner-Kindl-Keller eine Rede vor 3.000 Zuhörern

München-Au * Adolf Hitler hält im Münchner-Kindl-Keller eine Rede vor 3.000 Zuhörern, in der er die Juden verurteilt, da sie hinter dem Elend Deutschlands stecken. Wenn man erst mal die Macht habe, so sagt Hitler weiter, dann „werde man den Fetzen von einem Friedensvertrag zerreißen“. Der NSDAP-Parteivorsitzende führt aus, dass Deutschland zwar geknebelt und



wehrlos ist, sich aber nicht vor einem Krieg gegen Frankreich scheuen darf. Seine Rede beendet er mit dem Schiller-Wort: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, nicht trennen uns in Not und Gefahr“.

1921 – Der Österreichische Gebirgsverein - öGV führt den Arier-Paragraphen ein

Wien * Der Österreichische Gebirgsverein - öGV führt den Arier-Paragraphen ein.

1921 – Der Österreichische Alpenklub - öAK führt den Arier-Paragraphen ein

Wien * Der Österreichische Alpenklub - öAK führt den Arier-Paragraphen ein.

1921 – Die Alpenvereins-Sektion München führt den Arier-Paragraphen ein

München * Die Alpenvereins-Sektion München führt den Arier-Paragraphen ein.

April 1921 – Die ausgeschlossenen Juden gründen die „Sektion Donauland“

Wien * Die von ihren arisierten Sektionen ausgeschlossenen Juden gründen die Sektion Donauland. Dieser gehören bald 4.000 Mitglieder an, von denen ein Fünftel Nicht-Juden sind und aus Solidarität beitreten.

8. April 1921 – Ludwig Thoma hetzt im viel gelesenen Miesbacher Anzeiger

München * Welche antisemitische Stimmung in Bayern weit verbreitet ist, zeigt ein Beitrag des Schriftstellers Ludwig Thoma, den er anonym im viel gelesenen „Miesbacher Anzeiger“ drucken lässt: „In München haben wir mit der Hinrichtung des Eisner den Nachweis geliefert, dass es uns nicht an Temperament fehlt. [...] Immerhin waren dies nur Vorspiele zu größeren Kuren, die wir uns gelobt haben für den Fall, dass sich die Beschnittenen bei uns noch einmal mausig machen. Dann geht's in die Vollen.“

Juni 1921 – Die Sektion Donauland wird mit einer Stimme Mehrheit genehmigt



Wien * Die Sektion Donauland wird gegen die mehrheitliche ablehnende Haltung der Wiener Sektionen vom Hauptausschuss des DuOeAV mit einer Stimme Mehrheit genehmigt.

18. August 1921 – Im Miesbacher Anzeiger erscheint der letzte Hassartikel von Ludwig Thoma

Miesbach * Im Miesbacher Anzeiger erscheint der letzte antisemitische und antidemokratische Hassartikel von Ludwig Thoma.

Oktober 1921 – In der Sektion Austria des DuOeAV gilt der Arier-Grundsatz

Wien * In der Sektion Austria des DuOeAV wird mit 98 Prozent aller abgegebenen Stimmen der Arier-Grundsatz durchgesetzt.

1922 – Die Akademische Sektion Dresden führt den Arier-Paragraphen ein

Dresden * Die Akademische Sektion Dresden des DuOeAV führt den Arier-Paragraphen ein.

9. November 1923 – Vorübergehender Rückgang antisemitischer Übergriffe

Freistaat Bayern * Nach dem Scheitern des Hitler-Ludendorff-Putsches gehen die antijüdischen Übergriffe in München zunächst zurück. Die Ereignisse lenken die Aufmerksamkeit auf die politische Radikalisierung im Freistaat Bayern und schaden dessen Ansehen weit über die Landesgrenzen hinaus. Angesichts dieses erheblichen Imageschadens bemühen sich die Behörden vorübergehend um eine stärkere öffentliche Ordnung, wodurch auch die Zahl antisemitischer Ausschreitungen zeitweise abnimmt.

1924 – Gründung einer jüdischen Bekenntnisschule

München * In München wird eine jüdische Schule als öffentliche Bekenntnisschule gegründet. Mit ihrer Einrichtung erhält die jüdische Gemeinde die Möglichkeit, schulische Bildung und religiöse Erziehung miteinander zu verbinden. Die Schule entwickelt sich zu einer wichtigen Bildungseinrichtung des jüdischen Gemeindelebens und stärkt die religiöse und kulturelle Identität der jüdischen Kinder und Jugendlichen in München.



14. Dezember 1924 – Der Alpenverein schließt die jüdische Sektion Donauland aus

München-Ludwigsvorstadt * Im Deutschen Theater in München stimmen 1.663 von 1.906 Delegierten des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins - DuOeAV dem Ausschluss der jüdischen Sektion Donauland zu. Dies geschieht elf Jahre vor den Rassegesetzen der NS-Regierung.

1926 – Das Anwesen Friedenstraße 40 gehört der Firma L. Bernheimer oHG

München-Berg am Laim * Laut dem Adressbuch gehört das Grundstück am Standort des heutigen Technischen Rathauses an der Friedenstraße 40 der L. Bernheimer oHG, die „künstlerische und vornehme Wohnungseinrichtungen in historischen Stilarten“ anbietet. Die jüdische Antiquitätenhändler-Familie betreibt ihr Hauptgeschäft am Lenbachplatz.

5. September 1931 – Letzte Synagogeneinweihung vor der NS-Zeit

München-Isarvorstadt * Mit der feierlichen Einweihung der Synagoge an der Reichenbachstraße am 5. September 1931 erhält die orthodoxe jüdische Gemeinde Münchens ein neues religiöses Zentrum. Das Gotteshaus ist die letzte Synagoge, die in Deutschland vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten neu eingeweiht wird. Nur wenige Jahre später setzt das NS-Regime der Entfaltung jüdischen Gemeindelebens ein gewaltsames Ende.

1933 – Die Aufgaben des Reichsfinanzhofes ändern sich

München-Bogenhausen * Die Aufgabe des Reichsfinanzhofes bestand während der Jahre von 1933 bis 1945 im Wesentlichen in der Weiterentwicklung der Steuergesetze und der Entwicklung des Steuerrechts im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung. Den Boykott jüdischer Geschäfte, die Entziehung der Berufszulassungen von jüdischen Ärzten und die Entfernung jüdischer Beamten aus dem öffentlichen Dienst bezeichneten die Finanzrichter lediglich als „in steuerlicher Hinsicht irrelevante Belästigungen“. Mit ihren Urteilen nahmen die „furchtbaren Juristen von der Ismaninger Straße“ entscheidenden Einfluss an der Arierisierung jüdischen Vermögens. So mussten Juden, deren Wohnung von der Gestapo versiegelt wurden, nachdem sie ins Ausland geflohen waren, ein Viertel ihres Vermögens als Reichsfluchtsteuer zahlen.

30. Januar 1933 – Beginn der nationalsozialistischen Verfolgung



Berlin - Deutsches Reich * Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 beginnt für die jüdische Bevölkerung Deutschlands eine neue Phase der Ausgrenzung und Verfolgung. Antisemitische Diskriminierung, die bereits zuvor das öffentliche Leben prägt, wird nun zur staatlichen Politik. In den folgenden Jahren werden jüdische Bürger systematisch entrechtet, aus dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben verdrängt und zunehmend Gewalt und Terror ausgesetzt. Auch für die Münchner Juden verschärft sich die Lage rasch. Die nationalsozialistische Machtübernahme markiert den Beginn einer Entwicklung, die über Entrechtung, Enteignung und Verfolgung schließlich in Deportation und Ermordung mündet.

30. März 1933 – Faulhaber rechtfertigt die Ausschreitungen gegen die Juden

München-Kreuzviertel - Chicago * Der Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber rechtfertigt die Ausschreitungen gegen die Juden und schreibt dazu seinem Amtsbruder George Mundelein nach Chicago: „Die unwahren Berichte über blutige Greueltaten in Deutschland, die in amerikanischen und anderen ausländischen Zeitungen erschienen sind, und die Angriffe gegen die neue Regierung in Deutschland wegen ihres Kampfes gegen den Kommunismus, haben die deutsche Regierung veranlaßt, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und vom 1. April ab den Boykott gegen alle jüdischen Geschäfte mit aller Strenge durchzuführen.“

1. April 1933 – Die NSDAP ruft zum reichsweiten „Judenboykott“ auf

Berlin * Die NSDAP ruft zum reichsweiten „Judenboykott“ auf. Über 600 jüdische Firmen in München werden boykottiert, „zum Schutz der Inhaber und zur Belehrung des Publikums durch Posten gesichert und durch Plakatierung gekennzeichnet“. Der reichsweite „Boykott jüdischer Geschäfte“ dauert bis zum 3. April an.

3. April 1933 – Die Herkunft der Cenovis-Werke wird hinterfragt

Gießen - München * Die Universitäts-Klinik Gießen richtet eine Anfrage an die Industrie- und Handelskammer München und erkundigt sich, ob die Cenovis-Werke eine „christliche Firma“ seien. Die Anfrage steht im Zusammenhang mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, als die Herkunft und religiöse Zugehörigkeit von Unternehmern und Unternehmen zunehmend Gegenstand von Nachfragen und Ausgrenzung werden.



5. April 1933 – Ärger über einen Artikel gegen den Judenboykott

München-Kreuzviertel * Der Geistliche Dr. Alois Wurm, der gleichzeitig Herausgeber der Monatsschrift „Seele“ ist, wendet sich an Kardinal Michael von Faulhaber. Wurm hat einen Artikel gegen den „Judenboykott“ an eine bayerische Zeitung geschrieben, diese den aber nicht abgedruckt. Aus diesem Grund appelliert der Priester an Faulhaber, in der katholischen Presse zur Orientierung der Katholiken klare Aussagen zum Vorgehen gegen die Juden zu machen. Schließlich, so Wurm weiter, sei es mit der katholischen Lehre nicht vereinbar, wenn ein Mensch unschuldig, nur wegen seiner Rasse gehasst oder verfolgt werde. Scheinbar ist dem Kardinal der Ton des Geistlichen zu fordernd. Jedenfalls reagiert Michael von Faulhaber sehr ungehalten auf diesen Brief.

5. April 1933 – Die Cenovis-Werke werden vom NS-Boykott ausgenommen

München-Au * Das „Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze“ der NSDAP nimmt zur Frage Stellung, ob die Cenovis-Werke von den Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte betroffen seien. In seiner Antwort kommt das Gremium zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen für einen Boykott des Unternehmens nicht gegeben seien und die Cenovis-Werke deshalb nicht unter den reichsweiten Boykott vom 1. April 1933 fielen. Die Anfrage verdeutlicht den wachsenden politischen Druck und die zunehmende Diskriminierung von Unternehmern jüdischer Herkunft in den ersten Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft.

6. April 1933 – „Für volksbewusstes Denken und Fühlen im deutschen Schrifttum“

Berlin * Die „Deutsche Studentenschaft“, der Dachverband der „Allgemeinen Studentenausschüsse“, wirbt bei den Studenten der einzelnen Hochschulen per Rundschreiben zur Mitarbeit an einer vierwöchigen Aktion „gegen den jüdischen Zersetzungsgeist und für volksbewusstes Denken und Fühlen im deutschen Schrifttum“.

7. April 1933 – Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“

Berlin * Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ tritt in Kraft. Es ermächtigt die neuen Machthaber zur Entlassung oder Zwangspensionierung politisch „unzuverlässiger Elemente“ und von Beamten jüdischer Herkunft.



7. April 1933 – Die IHK München nimmt zur Eigentümerstruktur der Cenovis Stellung

München * Die Industrie- und Handelskammer München beantwortet die Anfrage der Universitäts-Klinik Gießen zur Eigentümerstruktur der Cenovis-Werke. In ihrer Stellungnahme erklärt sie, dass sich das Kapital des Unternehmens sowohl in christlichen als auch in jüdischen Händen befinde. Die Korrespondenz verdeutlicht, wie bereits wenige Monate nach der nationalsozialistischen Machtübernahme die Herkunft und Religionszugehörigkeit von Unternehmern und Anteilseignern zum Gegenstand offizieller Anfragen werden.

8. April 1933 – Faulhaber erklärt sich als nicht zuständig für die Juden

München-Kreuzviertel * In seinem Antwortschreiben an den Geistlichen Dr. Alois Wurm erklärt sich Kardinal Michael von Faulhaber gleich im ersten Satz als nicht zuständig, sich für Juden einzusetzen und fordert im Gegenzug Dr. Wurm zum Handeln auf. Natürlich findet auch er, dass „dieses Vorgehen gegen die Juden [...] derart unchristlich [ist], daß jeder Christ, nicht bloß jeder Priester, dagegen auftreten müsste“. Aus Faulhabers Sicht bestehen aber für die „kirchlichen Oberbehörden [...] weit wichtigere Gegenwartsfragen; denn Schule, der Weiterbestand der katholischen Vereine, Sterilisierung sind für das Christentum in unserer Heimat noch wichtiger, zumal man annehmen darf, und zum Teil schon erlebte, daß die Juden sich selber helfen können, daß wir also keinen Grund haben, der Regierung einen Grund zu geben, um die Judenhetze in eine Jesuitenhetze umzubiegen. Ich bekomme von verschiedenen Seiten die Anfrage, warum die Kirche nichts gegen die Judenverfolgung tue. Ich bin darüber befremdet; denn bei einer Hetze gegen die Katholiken oder gegen den Bischof hat kein Mensch gefragt, was man gegen diese Hetze tun könne. Das ist und bleibt das Geheimnis der Passion“.

13. April 1933 – „Wider den undeutschen Geist!“

Berlin * Die Deutsche Studentenschaft gibt ihre Thesen „Wider den undeutschen Geist!“ heraus. Darin wird unter anderem den Juden der Gebrauch der deutschen Sprache untersagt. Denn: „Der Jude kann nur jüdisch denken“. Und weiter: „Schreibt er deutsch, dann lügt er“. „Der Deutsche, der deutsch schreibt, aber undeutsch denkt, ist ein Verräter!“

26. April 1933 – Die Bücherverbrennungs-Listen werden veröffentlicht



Deutsches Reich * In der Berliner Illustrierten Nachtausgabe Nr. 97 werden die vom nationalsozialistisch orientierte Bibliothekar Dr. Wolfgang Herrmann erstellten Listen abgedruckt und den Studentenschaften von ihrem Dachverband zugänglich gemacht. Die Listen bilden die Grundlage für die Bücherverbrennungen.

5. Mai 1933 – Ein „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe

München-Kreuzviertel - Bayern * Angeblich wollte „Kardinal“ Michael von Faulhaber das „Unrecht gegen die Juden“ in seinem „Hirtenbrief“ vom 5. Mai ansprechen, wird aber von den anderen Bischöfen davon abgehalten. In dem „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe heißt es jetzt: „Unsere jetzige Reichsregierung hat sich große und schwierige Aufgaben gestellt; sie will das deutsche Volk, das an den Folgen des verlorenen Weltkrieges und der Revolution so unsäglich viel leidet, wieder zur früheren Höhe emporführen durch eine geistige, sittliche und wirtschaftliche Erneuerung. [...] Daher rufen wir Bischöfe in tiefer Liebe zu unserem armen Vaterlande, [...] den Blick nicht mehr zu richten auf die Vergangenheit, nicht auf das zu sehen, was uns trennt, sondern auf das, was uns eint, daher einander die Hand zu reichen und in hochherziger Opferwilligkeit die vereinten Kräfte einzusetzen, um der furchtbaren Not, dem immer weiter fortschreitenden Niedergang und dem unseligen Unfrieden Einhalt zu bieten. [...] Der Wiederaufbau unseres Volks- und Staatslebens muß zur Grundlage haben die ewigen, unantastbaren Gesetze des christlichen Glaubens, der christlichen Sitte, der christlichen Gerechtigkeit und des sozialen Friedens. Es verdient aufrichtigen Dank, daß der höchste Vertreter der Reichsregierung in feierlicher Stunde erklärte, das Werk der Wiedererneuerung unseres Volkes auf den Felsengrund des christlichen Glaubens stellen und freundschaftliche Beziehungen zur Kirche pflegen zu wollen. [...] Wir sind dankbar für die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Rechte der Kirchen nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert werden wird“.

Juni 1933 – Professor Dr. Ernst von Romberg hält weiterhin Vorträge

München-Maxvorstadt * Professor Dr. Ernst von Romberg, Bewohner der Richard-Wagner-Straße 2, kann, obwohl er Jude ist, noch einen Vortragszyklus halten, der sogar in einem Organ der NSDAP angekündigt wird. Der Grund: Nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ konnten alle jüdischen Ärzte, die ihren Beamtenstatus vor 1914 erhalten haben, noch weitere zwei Jahre im Amt bleiben. Da Romberg seit 1912 Professor war, trifft für ihn diese „Ausnahmeregelung“ zu.



Juni 1933 – Die jüdische Gesellschaft in München und Bayern

Bayern - München * In ganz Bayern leben etwa 42.000 Glaubensjuden, also Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaften. Das entspricht 0,55 Prozent der Gesamtbevölkerung. 9.005 davon sind in München ansässig.

Juni 1933 – Keine Personen jüdischer Abstammung auf der Auer Sommerdult

München-Au * Der NS-Stadtrat bestimmt, dass für die Auer Sommerdult keine Personen jüdischer Abstammung zugelassen werden.

11. Juli 1933 – Juden dürfen nicht mehr auf christlichen Friedhöfen beigesetzt werden

München * Die Nazi-Stadträte regeln, dass die Asche verstorbener Juden nicht mehr auf christlichen Friedhöfen beigesetzt werden darf.

September 1933 – Juden werden für das Oktoberfest nicht mehr zugelassen

München-Theresienwiese * Personen jüdischer Abstammung werden „im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ zur Verabreichung von Speisen und Getränken und zur „Veranstaltung von Lustbarkeiten“ nicht mehr auf dem „Oktoberfest“ zugelassen. Dies gilt auch für Angestellte, Mitarbeiter, Gehilfen oder Mitspieler.

23. September 1933 – Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße in Berg am Laim

München-Berg am Laim • Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße und des Schüleinplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat Joseph Schülein keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund „keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein Platz nach einem Juden benannt werden. Schülein war Hauptaktionär und Aufsichtsrat-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur



Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schüle in dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“ 23. September 1933: Antrag auf Umbenennung von Schüleinstrasse und Schüle inplatz München-Berg am Laim * Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung der Schüleinstrasse und des Schüle inplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat Joseph Schüle in keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund „keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein Platz nach einem Juden benannt werden. Schüle in war Hauptaktionär und Aufsichtsrat-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schüle in dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“ Der Antrag steht im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Politik, jüdische Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und dem Stadtbild zu verdrängen. Er markiert einen weiteren Schritt der systematischen Ausgrenzung und Diskriminierung der Familie Schüle in nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten.

3. Dezember 1933 – Michael von Faulhabers Adventspredigt in der Michaelskirche

München-Kreuzviertel * Kardinal Michael von Faulhaber hält seine Adventspredigt in der Michaelskirche. Darin weist er darauf hin, dass sich in der deutschen Kultur seit dem frühen Mittelalter zahlreiche Einflüsse aus dem Alten Testament, also aus der jüdischen Kultur, finden: „Im Besonderen verdanken die menschliche Kultur und christliche Religion dem Alten Testament einen reinen und erhabenen Gottesgedanken.“ Und weiter: „Wir müßten unsere deutschen Klassiker Lügen strafen, wollten wir das Alte Testament mißachten und aus den Schulen und Volksbüchereien verbannen. Wir müßten die Geistesgeschichte unseres Volkes verleugnen.“ Über die Juden sagt er: „Bei keinem anderen Volk findet sich eine solche Schriftenreihe, worin so



klar, so bestimmt, so einheitlich die Grundwahrheiten des religiösen Lebens dargeboten werden.“

Diese und noch andere Worte des Respekts machte er zunichte mit den dann kommenden Sätzen: „Nach dem Tode Christi wurde Israel aus der Offenbarung entlassen. Sie hatten die Stunde der Heimsuchung nicht erkannt. Sie hatten den Gesalbten des Herrn verleugnet und verworfen, zur Stadt hinausgeführt und ans Kreuz geschlagen. Damals zerriß der Vorhang im Tempel auf Sion und damit der Bund zwischen dem Herrn und seinem Volk. Die Tochter Sion erhielt den Scheidebrief, und seitdem wandert der ewige Ahasver ruhelos über die Erde.“ Mit solchen Schuldzuweisungen und Verleumdungen geht es weiter. Faulhaber spricht immer wieder von den Israeliten, auf denen der Zorn Gottes ruhe. Solche Worte sind in normalen Zeiten schon bedenklich. In Zeiten, in denen staatlich verordnete „Judenschelte“ und Boykottmaßnahmen an der Tagesordnung, in denen Verhaftungen, Beschimpfungen, ja sogar Morde nichts Außergewöhnliches sind, verschlimmern solche Worte die Situation nur noch.

14. Oktober 1934 – Auslegung der Steuergesetze nach nationalsozialistischer Weltanschauung

Berlin - München-Bogenhausen * Staatssekretär Fritz Reinhardt initiiert das Steueranpassungsgesetz, das vorschreibt, Gesetze „nach nationalsozialistischer Weltanschauung“ auszulegen. Damit ist es möglich, auch gegen den Wortlaut älterer Steuergesetze zu entscheiden. Grundsätze wie Gleichbehandlung der Steuerpflichtigen und Leistungsbezogenheit der Steuerbemessung werden aufgehoben. Unter Berufung auf die angebliche Nichtzugehörigkeit der Juden zur deutschen Volksgemeinschaft verweigert man ihnen gesetzlich zustehende Steuervergünstigungen.

1935 – Hans Gruß wird von den Nazis entlassen

München-Ludwigsvorstadt * Weil am Deutschen Theater Stücke von jüdischen Autoren aufgeführt werden, entlassen die Nazis den Theaterleiter Hans Gruß.

2. Juni 1935 – Wohnungskündigungen gegenüber jüdischen Mietern sind möglich

Berlin * Wohnungskündigungen gegenüber jüdischen Mietern sind möglich.

17. August 1935 – Anfertigung einer zentralen Judenkartei durch die Gestapo



Berlin * Anfertigung einer zentralen Judenkartei durch die Geheime Staatspolizei - Gestapo.

15. September 1935 – Die Nürnberger Gesetze bringen die völlige Entrechtung der Juden

Nürnberg * Mit den Nürnberger Gesetzen wird die völlige Entrechtung der Juden in Deutschland eingeleitet. Sie teilen sie in sogenannte Voll-, Halb- oder Viertel-Juden ein. Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre verbietet die Eheschließung zwischen Juden und Nichtjuden sowie den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen ihnen.

Für „Verbrechen der Rassenschande“ werden hohe Zuchthausstrafen oder KZ verhängt. Unter Zuhilfenahme der „Verordnung gegen Volksschädlinge“ können Angeklagte sogar zum Tode verurteilt werden. Das Reichsbürgergesetz macht Juden zu Bürgern zweiter Klasse. Anton von Arco gehört damit zu den Halbjuden, doch sein Ruhm als Eisner-Mörder schützt ihn vor weiteren Verfolgungen.

18. Oktober 1935 – Das Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes

Berlin * Das Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes, auch Ehegesundheitsgesetz genannt, wird verkündet. Es soll alle - nach Ansicht der Nationalsozialisten unerwünschten und nach ihrer Auffassung minderwertigen Nachkommen verhindern. Das Gesetz verbietet in einer Reihe von Fällen die Eheschließung. Deshalb müssen die Verlobten vor der Eheschließung „durch ein Zeugnis des Gesundheitsamtes [Ehetauglichkeitszeugnis] nachweisen, daß ein Ehehindernis nach § 1 nicht vorliegt“. Als Ehehindernis gilt, wenn einer der Partner an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Krankheit leidet, die nach nationalsozialistischer Ansicht eine erhebliche gesundheitliche Schädigung des Partners oder der Nachkommen befürchten ließ. Darüber hinaus wurde mit dem Ehetauglichkeitszeugnis bescheinigt, dass die Eheschließung nicht gegen das Blutschutzgesetz verstößt. Das Ehegesundheitsgesetz schreibt ja vor: „Eine Ehe soll ferner nicht geschlossen werden, wenn aus ihr eine die Reinhaltung des deutschen Blutes gefährdende Nachkommenschaft zu erwarten ist.“ Damit ist nicht nur das Verbot der Ehe zwischen Juden und Nicht-Juden gemeint, sondern nach dem Gesetzeskommentar auch die Verheiratungen mit „Negern und Zigeunern“. Später wird die Vorschrift noch auf die Eheschließung zwischen Deutschen und Angehörigen osteuropäischer Völker ausgedehnt.

November 1935 – Dr. Hermann Schüle in scheidet aus der Löwenbräu AG aus



München-Maxvorstadt * Dr. Hermann Schüleln beendet seine Tätigkeit bei der Löwenbräu AG. Offiziell erfolgt sein Ausscheiden auf eigenen Wunsch unter Hinweis auf seinen Gesundheitszustand. Der Rückzug fällt in eine Zeit zunehmenden politischen Drucks auf jüdische Unternehmer und Führungskräfte im nationalsozialistischen Deutschland.

1936 – Die Diakonissinnen kündigen aus rassistischen Gründen ihren Dienst auf

München-Maxvorstadt * Die Diakonissinnen, die seit 25 Jahren in der Privatklinik Dr. Alfred Haas als Krankenschwestern tätig waren, kündigen aus rassistischen Gründen ihren Dienst auf. Die katholischen Nonnen der Kogregation der Franziskanerinnen vom Erlenbach springen ein und übernehmen den Pflegedienst.

1936 – Heinrich Himmler bestimmt die Aufgaben des Lebensborn e.V.

Berlin * Heinrich Himmler bestimmt die Aufgaben des Lebensborn e.V. im Detail. Mindestens vier Kinder sollen in jeder SS-Familie aufwachsen, da die „Frage vieler Kinder [...] nicht Privatangelegenheit des einzelnen, sondern Pflicht gegenüber seinen Ahnen und unserem Volk“ ist. „Falls unglückliche Schicksalsumstände der Ehe eigene Kinder versagen, soll jeder SS-Führer rassistisch und erbgesundheitslich wertvolle Kinder annehmen und sie im Sinne des Nationalsozialismus erziehen [...]“. Punkt 2 bestimmt als Aufgabe des Vereins: „Rassistisch und erbbiologisch wertvolle werdende Mütter unterzubringen und zu betreuen, bei denen nach sorgfältiger Prüfung der eigenen Familie und der Familie des Erzeugers [...] anzunehmen ist, daß gleich wertvolle Kinder zur Welt kommen“. Wenn schwangere Frauen nachweisen können, dass unter ihren Vorfahren keine Juden sind, und wenn ihnen zudem SS-Ärzte ihre sogenannte erbbiologische Gesundheit bestätigen, wird ihnen - um eine Abtreibung zu verhindern - die Aufnahme in ein Entbindungsheim des Lebensborn e.V. versprochen. Die Verwirklichung der rassistischen Komponente der NS-Weltanschauung zielt auf die Ablösung der alten Führungsschichten durch eine neue, biologisch geformte nationalsozialistische Elite.

4. Oktober 1936 – Der Übertritt von Juden zum Christentum hat rassistisch keine Bedeutung

Berlin * Der Übertritt von Juden zum Christentum hat laut Erlass des Reichsinnenministeriums keine Bedeutung für die Rassenfrage.



22. Januar 1937 – IHK: Cenovis-Werke ist keine arische Firma

München-Au * Das Stammkapital der Cenovis-Werke beträgt 1,5 Millionen Reichsmark. Davon befinden sich Geschäftsanteile in Höhe von 815.000 RM in jüdischer Hand. Von den fünf Aufsichtsräten sind zwei Juden, von den zwei Vorsitzenden Einer. Die Industrie- und Handelskammer - IHK München stellt deshalb fest: „Bei dem Unternehmen kann daher sowohl nach Besitz wie auch nach Führung nicht von einer arischen Firma gesprochen werden. Diese Tatsache schließt unseres Erachtens eine Berücksichtigung bei Heereslieferungen aus.“

12. Juni 1937 – Jüdische Rasseschänder müssen ins Konzentrationslager

Berlin * Durch einen Geheimerlass des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, werden „jüdische Rasseschänder“ und Partnerinnen in „rassenschänderischen Beziehungen“ nach Verbüßung der Haftstrafe in ein Konzentrationslager eingewiesen.

25. Juli 1937 – Karl Valentin greift Heinz Rühmann persönlich an

München * Karl Valentin beklagt sich in einem Brief an Hans H. Zerlett, dem Regisseur des Films Im Schallplattenladen, über seine eigene finanzielle Lage. Darin greift er Heinz Rühmann an: „Herr Rühmann (bitte um Diskretion) spielt jährlich mindestens drei Filme á 20.000.- Mark. Seine Frau soll nicht arischer Abstammung sein. Warum hat [...] dieser Mann den Vorzug? Soll ich mich noch scheiden lassen und eine andersrassige Dame heiraten?“

5. September 1937 – Letztes Jubiläum der Hauptsynagoge

München-Kreuzviertel * Die Israelitische Kultusgemeinde München begeht den 50. Jahrestag der Einweihung der Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße. Damit jährt sich die feierliche Eröffnung des Gotteshauses von 1887 zum letzten Mal. Die bei der Einweihung geäußerte Hoffnung, die Synagoge möge „vor widrigen Schicksalen bewahrt bis in ferne Jahrhunderte übergehen“, erfüllt sich nicht. Bereits wenige Monate später wird das Gebäude auf Anordnung des NS-Regimes abgebrochen. Offiziell erfolgt die Maßnahme aus „städtebaulichen und verkehrstechnischen Gründen“, tatsächlich wird die Hauptsynagoge als erste Synagoge Deutschlands gezielt von den Nationalsozialisten zerstört. Ihr Abriss markiert einen weiteren Schritt der systematischen Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung.



8. November 1937 – Die Ausstellung „Der ewige Jude“ wird eröffnet

München-Isarvorstadt * Im Bibliotheksbau des Deutschen Museums wird die Ausstellung „Der ewige Jude“ eröffnet. Sie hilft die folgenden antisemitischen Pogrome vorzubereiten.

1938 – Existenzvernichtung durch Sondersteuern

Berlin - München-Bogenhausen * Die wirtschaftliche Entrechtung der Juden beginnt mit dem Entzug von Vergünstigungen und führt über diskriminierende Sondersteuern - wie die „Judenvermögensabgabe“ von 1938 - zur völligen Existenzvernichtung. Die Finanzverwaltung spielt hierbei eine Schlüsselrolle. Mit bürokratischer Präzision vollzieht sie den als „Finanztod“ bezeichneten Prozess. Allein in Bayern werden schätzungsweise 474,4 Millionen Reichsmark eingezogen.

1938 – Die Zahl der sogenannten „Rassejuden“ liegt in München bei etwa 6.350

München * Die Zahl der sogenannten „Rassejuden“ liegt in München bei etwa 6.350.

März 1938 – Kein Jude darf im Aufsichtsrat tätig sein

Berlin * In einem „Erlaß des Reichswirtschaftsministeriums“ heißt es: Zur „Voraussetzung für die Anerkennung als nichtjüdischer Gewerbebetrieb [ist] grundsätzlich zu verlangen, dass auch im Aufsichtsrat kein jüdisches Mitglied mehr vorhanden ist und dass bezüglich des Gesellschafterkapitals eine Dreiviertelmehrheit der nichtjüdischen Gesellschafter besteht“.

7. Juni 1938 – Hitler ordnet den Abriss der Hauptsynagoge an

München-Kreuzviertel * Nach dem Besuch einer Veranstaltung im benachbarten Künstlerhaus ordnet Reichskanzler und NSDAP-Führer Adolf Hitler persönlich den Abriss der Münchner Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße an. Die Nationalsozialisten begründen die Maßnahme offiziell mit „städtebaulichen und verkehrstechnischen Gründen“. Tatsächlich handelt es sich um einen ideologisch motivierten Akt gegen die jüdische Gemeinde und eines der frühesten sichtbaren Zeichen der verschärften Verfolgungspolitik des NS-Regimes. Mit der Zerstörung der Hauptsynagoge verliert die Israelitische Kultusgemeinde ihr bedeutendstes religiöses und



repräsentatives Zentrum. Der Abriss markiert einen weiteren Schritt auf dem Weg zur vollständigen Entrechtung und Verdrängung der jüdischen Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben.

8. Juni 1938 – Die jüdische Gemeinde wird vor vollendete Tatsachen gestellt

München-Kreuzviertel * Am Tag nach Hitlers Befehl setzt die Stadt die Repräsentanten der Israelitischen Kultusgemeinde von der Entscheidung zum Abriss der Hauptsynagoge in Kenntnis. Zugleich erfahren sie, dass das Grundstück an der Herzog-Max-Straße 3–7 für 185.000 Reichsmark an die Stadt zu veräußern ist. Ein Einspruch gegen die Maßnahme oder gar Widerstand kommen unter den politischen Bedingungen des NS-Regimes nicht in Betracht. Noch am selben Abend organisiert die Gemeinde einen letzten Gottesdienst in der Synagoge. Zahlreiche Gemeindemitglieder nehmen Abschied von ihrem religiösen und kulturellen Zentrum, dessen bevorstehende Zerstörung das Ende einer Epoche jüdischen Lebens in München symbolisiert.

9. Juni 1938 – Beginn des Abrisses der Hauptsynagoge

München-Kreuzviertel * Die Abbrucharbeiten an der Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße beginnen. Mit den Arbeiten wird die Baufirma Leonhard Moll beauftragt. Der Abriss erfolgt auf Anordnung des NS-Regimes und markiert die erste gezielte Zerstörung einer Synagoge in Deutschland durch die Nationalsozialisten noch vor den Novemberpogromen von 1938. Für die jüdische Gemeinde Münchens bedeutet der Verlust ihres bedeutendsten Gotteshauses einen schweren Einschnitt. Die Zerstörung der Synagoge wird öffentlich inszeniert und macht die zunehmende Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung sichtbar.

21. Juni 1938 – Maggi übernimmt die jüdischen Anteile an den Cenovis-Werken

München - Berlin * Die bislang in jüdischem Besitz befindlichen Geschäftsanteile der Cenovis-Werke gehen auf die Maggi GmbH in Berlin über. Die Übertragung erfolgt unter dem wachsenden Druck der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik und markiert einen weiteren Schritt bei der Verdrängung jüdischer Eigentümer aus deutschen Unternehmen.



26. Juni 1938 – Öffentliche Zustimmung und weitere Nutzung des Synagogen-Geländes

München-Kreuzviertel * Während der Abriss der Hauptsynagoge voranschreitet, feiert die nationalsozialistische Propaganda die Zerstörung des Gotteshauses. Die NS-Zeitung „Der Stürmer“ kommentiert den Vorgang am 26. Juni 1938 mit den Worten: „Ein Schandfleck verschwindet.“ Anders als beim wenige Tage später beginnenden Abriss der evangelischen Matthäuskirche regt sich gegen die Zerstörung der Synagoge in der Öffentlichkeit kein nennenswerter Protest. Die Beseitigung des jüdischen Sakralbaus zur Schaffung neuer Verkehrs- und Freiflächen wird weitgehend widerspruchslos hingenommen. Der ebenfalls vorgesehene Abriss des jüdischen Gemeindehauses in der Herzog-Max-Straße 3–5 wird jedoch nicht umgesetzt. Stattdessen übernimmt das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS die Gebäude. Ab 1940 befindet sich dort eine Dienststelle des Lebensborn e. V., einer nationalsozialistischen Organisation zur Förderung der bevölkerungspolitischen Ziele des Regimes.

8. Juli 1938 – Martin Bormann verlangt die Erfassung jüdischer Wohnsituationen

München * Martin Bormann, Stabsleiter im Braunen Haus, verlangt die genaue Erfassung jüdischer Hauseigentümer, an Nicht-Juden vermietete Wohnungen von jüdischen Hauseigentümern, an Juden vermietete Wohnungen, eigenen Wohnraum und leerstehende Wohnungen, um so eine planmäßige Lösung von Mietverhältnissen mit Juden möglich zu machen, eine Einengung zu erreichen, mehrere Familien in größere jüdische Wohnungen zusammenzulegen, Juden von Nicht-Juden zu trennen und dabei möglichst keine Ghettobildung zuzulassen“.

8. Juli 1938 – Abriss der Hauptsynagoge unter Zeitdruck

München-Kreuzviertel * Die Abbrucharbeiten an der Hauptsynagoge erfolgen unter erheblichem Zeitdruck. Adolf Hitler verlangt, dass sie spätestens bis zum „Tag der Deutschen Kunst“ am 8. Juli 1938 vollständig beseitigt ist. Die Zerstörung des Gotteshauses soll rechtzeitig vor den repräsentativen Feierlichkeiten des NS-Regimes abgeschlossen sein und aus dem Stadtbild verschwinden. Der beschleunigte Abriss unterstreicht den symbolischen Charakter der Maßnahme, mit der die Nationalsozialisten die jüdische Präsenz im Zentrum Münchens demonstrativ tilgen wollen.



13. Juli 1938 – Die Cenovis-Werke melden den Abschluss der „Arisierung“

München-Au * Die Cenovis-Werke teilen der Industrie- und Handelskammer München mit, dass sämtliche Geschäftsanteile in nichtjüdischen Besitz übergegangen seien. Das Unternehmen bezeichnet sich daraufhin als eine „rein arische“ Unternehmung und erfüllt damit die Vorgaben der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Die Erklärung dokumentiert den Abschluss der sogenannten „Arisierung“ des Unternehmens. Dr. Julius Schüle in gelingt es noch vor den Novemberpogromen 1938, in die Vereinigten Staaten zu emigrieren und sich der weiteren Verfolgung durch das NS-Regime zu entziehen.

17. August 1938 – Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen

Berlin * Die „Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen“ tritt in Kraft. Die Verordnung beinhaltet eine „Richtlinie über die Führung von Vornamen“. Darin dürfen neugeborene Juden nur solche jüdische Vornamen führen, die in einer Liste aufgeführt werden. Juden, die keinen typisch jüdischen Vornamen tragen, müssen einen zusätzlichen Vornamen annehmen - „Sara“ oder „Israel“.

18. August 1938 – Vertreibung der Juden aus arischen Wohnhäusern

Halle * Das Amtsgericht Halle fällt ein Urteil zur Vertreibung der Juden aus „arischen“ Wohnhäusern. Darin heißt es unter anderem: „Auch in der Hausgemeinschaft können eigennützige Interessen der einzelnen keinen Bestand haben. Eine wahre Hausgemeinschaft im Sinne dieses Denkens kann aber nur von gleichgesinnten, deutsch denkenden Personen und Hausbewohnern arischer Abstammung gebildet und gepflegt werden; sie ist mit Personen jüdischer Herkunft wegen des bestehenden Rassenunterschiedes schlechterdings unmöglich. Da der nationalsozialistische Staat aber auf das Bestehen und die Pflege einer wahren Hausgemeinschaft einen besonderen Wert legt und von jedem Volksgenossen diese Einstellung im Sinne der Hausgemeinschaft fordert, so kann dem Vermieter und den Mietern arischer Abstammung im Interesse der Erhaltung dieser Hausgemeinschaft nicht zugemutet werden, diese mit Mietern jüdischer Abstammung zu bilden und zu pflegen und mit diesen in derselben Hausgemeinschaft zu leben. Dem Vermieter muß deshalb das Recht zugesprochen werden, Mieter jüdischer Abstammung aus dieser Hausgemeinschaft auszuschließen und von diesen Räumung ihrer Wohnung zu fordern. Leistet ein solcher Mieter jüdischer Abstammung dem Räumungsverlangen des Vermieters keine Folge oder lehnen die Mieter arischer Abstammung eine Hausgemeinschaft mit ihnen ab, so stört er damit die zwischen dem Vermieter und den



anderen Mietern arischer Abstammung bestehende Hausgemeinschaft und macht sich durch sein weiteres Wohnenbleiben diesen gegenüber einer erheblichen Belästigung im Sinn des § 2 Mieterschutzgesetz schuldig“.

Oktober 1938 – Die „Reichsfluchtsteuer“ für die Familie Haas wird auf 125.000 RM festgesetzt

München * Nachdem die Familie Haas ihren „Antrag auf Ausreise“ gestellt hat, wird die „Reichsfluchtsteuer“ auf 125.000 RM festgesetzt. Das entspricht dem Wert des Immobilienbesitzes. Als es dann im Oktober 1938 zum Verkauf an die „Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands, Landesstelle München“ kommt, wird der Wert der Häuser von den staatlichen Prüfern auf nur mehr 45.000 RM festgesetzt. Damit geht der Kauf für ein Butterbrot über die Bühne. Die finanziellen Belastungen der „Reichsfluchtsteuer“ bleiben dennoch bestehen. Daneben werden der Familie Haas noch alle wertvollen Gegenstände abgenommen.

5. Oktober 1938 – Die Ausweise der Juden müssen mit einem roten „J“ versehen werden

Berlin * Die Ausweise der Juden müssen mit einem roten „J“ versehen werden.

27. Oktober 1938 – Das Deutsche Reich lässt 17.000 Juden verhaften

Deutschland - Polen * Das Deutsche Reich lässt 17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit verhaften und an die polnische Grenze transportieren. Da der polnische Staat zunächst die Einreise seiner Staatsbürger verweigert, vegetieren die Menschen im Grenzgebiet in der Zwischenzeit dahin. Unter den 17.000 befinden sich auch die Eltern des Herschel Gryspan, der wenige Tage später - wegen homosexueller Beziehungen - den Legationssekretär Ernst vom Rath an der Deutschen Botschaft in Paris schwer verletzt wird.

8. November 1938 – Gryspans Bluttat zum politisch motivierten Mordanschlag hochstilisiert

München * Die nationalsozialistische Propaganda stilisiert Herschel Gryspans Bluttat zum politisch motivierten Mordanschlag aus Hass an den Deutschen hoch. Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben: „Wenn die internationale Judenschaft glaubt, mit Meuchelmorden das Judenproblem in Deutschland lösen zu können, dann nimmt Deutschland diese Herausforderung an und wird nicht zögern, sie so zu beantworten, wie sie Elementen gegenüber notwendig ist, die



den Mord aus dem Hinterhalt als politische Waffe betrachten.“

9. November 1938 – Die Ohel-Jakob-Synagoge geht in Flammen auf

München-Lehel * Die Ohel-Jakob-Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße geht in der Reichskristallnacht in Flammen auf.

9. November 1938 – Propagandaminister Goebbels hält eine antisemitische Hassrede

München-Graggenau * Nach Bekanntwerden des Todes von Ernst vom Rath hält Reichspropagandaminister Joseph Goebbels umgehend eine antisemitische Hasstirade in der er zur Rache und zur Vergeltung am Weltjudentum aufruft. Die Nationalsozialisten sind bestens vorbereitet, denn noch kurz vor Mitternacht ergeht ein Fernschreiben an alle deutschen Polizeistellen. Darin heißt es: „Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial befindet, ist dieses durch eine sofortige Maßnahme sicherzustellen. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20.000 bis 30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden.“ Der SS-Gruppenführer und Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, präzisiert die Befehle in einem weiteren Fernschreiben. Dort ist zu lesen, dass die Polizei und die Dienststellen der NSDAP gemeinsam die Demonstrationen leiten sollen. Und: „Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die eine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums nicht mit sich bringen. Zum Beispiel Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung ist“. Durch ein im Jahr 1937 angefertigtes Verzeichnis der Münchner jüdischen Gewerbebetriebe wissen die NS-Parteiorgane und Schlägertrupps genau wo sie zuschlagen und so die „verbrecherische Tat des jüdischen Mordbuben“ rächen müssen.

9. November 1938 – Novemberpogrome in München

München - Deutsches Reich * In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 erreichen die antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes eine neue Eskalationsstufe. Nach der bereits im Juni erfolgten Zerstörung der Hauptsynagoge werden auch die beiden verbliebenen Münchner Synagogen in Brand gesetzt. Damit vernichten die Nationalsozialisten innerhalb weniger Monate nahezu alle sichtbaren Zentren jüdischen religiösen Lebens in der Stadt.



9. November 1938 – Zerstörung der Ohel-Jakob-Synagoge in der Reichspogromnacht

München-Graggenau * In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wird die Ohel-Jakob-Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße während der reichsweiten Novemberpogrome von Angehörigen der SA in Brand gesetzt. Das Gotteshaus brennt vollständig aus, die gesamte Inneneinrichtung wird zerstört. Als Rabbiner Ernst Ehrentreu versucht, die wertvollen Thorarollen zu retten, wird er von den Tätern bedroht und gezwungen, das Gebäude zu verlassen. Die Synagoge, die seit ihrer Einweihung 1892 das religiöse Zentrum der orthodoxen Juden Münchens bildet, wird damit vernichtet. Nach dem Brand muss die Israelitische Kultusgemeinde sogar die Kosten für den Abriss der Ruine tragen. Die zur Synagoge gehörende Schule wird geschlossen. Heute erinnert eine Gedenktafel an der Herzog-Rudolf-Straße an die Zerstörung des Gotteshauses und an die Auslöschung eines bedeutenden Zentrums jüdischen Lebens in München.

9. November 1938 – Verwüstung der Synagoge an der Reichenbachstraße

München-Isarvorstadt * In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wird auch die erst 1931 eingeweihte Synagoge an der Reichenbachstraße Ziel der nationalsozialistischen Pogrome. SA-Angehörige dringen in das Gebäude ein, verwüsten die Inneneinrichtung und schänden das Gotteshaus. Die Synagoge wird zwar in Brand gesetzt, die Feuerwehr löscht das Feuer jedoch, da ein Übergreifen der Flammen auf die dicht bebauten Nachbarhäuser im Gärtnerplatzviertel befürchtet wird. Dadurch bleibt das Gebäude als einzige Münchner Synagoge baulich erhalten. Mit der bereits im Juni zerstörten Hauptsynagoge und der in derselben Nacht niedergebrannten Ohel-Jakob-Synagoge verliert die jüdische Gemeinde dennoch nahezu alle ihre religiösen Zentren. Die schwer beschädigte Synagoge an der Reichenbachstraße wird in den folgenden Jahren zweckentfremdet und kann erst nach dem Ende des Nationalsozialismus wieder als Gotteshaus genutzt werden.

9. November 1938 – Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung

München * Noch in der Nacht finden - unter passiver Anteilnahme sehr vieler Schaulustiger - die seit längerer Zeit geplanten Ausschreitungen gegen die Juden statt. In München werden ein Jude ermordet sowie 900 Menschen verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Rund 700 Geschäfte und Betriebe werden demoliert und die Synagogen in der Herzog-Rudolf-Straße und in der Reichenbachstraße zerstört. Die Münchner Hauptsynagoge war bereits im Juni 1938 abgerissen worden. Die Bilanz dieser später auch



noch beschönigend „Reichskristallnacht“ genannten Juden-Pogrome bedeutet für Deutschland:

91 Ermordete, zahllose Verletzte, Misshandelte und Vergewaltigte, 191 zerstörte Synagogen, 7.500 zerstörte und ausgeraubte Geschäfte, Verwüstung unzähliger Wohnungen und fast aller jüdischer Friedhöfe, rund 30.000 Einlieferungen in Konzentrationslager. Die reichsweit organisierten antijüdischen Ausschreitungen dauern auch noch am 10. November an.

10. November 1938 – Propagandaminister Joseph Goebbels erlässt einen „Aufruf an Alle!“

Berlin * Propagandaminister Joseph Goebbels erlässt einen „Aufruf an Alle!“. Er lautet: „Die berechnete und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen jüdischen Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen. Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen.

Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung beziehungsweise der Verordnung dem Judentum erteilt werden.“

12. November 1938 – Hermann Göring erlässt eine Sühneverordnung für Juden

Berlin * Hermann Göring, der Beauftragte für den Vierjahresplan zur Kriegsvorbereitung, erlässt eine Sühneverordnung, die zur Finanzierung der Aufrüstung gedacht ist. Die Juden deutscher Staatsangehörigkeit müssen zusammen eine Milliarde Reichsmark wegen „ihrer feindlichen Haltung gegenüber dem deutschen Volk und Reich“ zahlen. Weiterhin werden alle Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausgeschaltet. Und schließlich gibt es die Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes. Sie besagt: „Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen. Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.“ In München wird eine eigene Arierungsstelle in der Widenmayerstraße 27 eingerichtet, die die Enteignung und Gettoisierung der jüdischen Bevölkerung durchführen soll.



18. November 1938 – Die Israelitische Kultusgemeinde muss Nazi-Maßnahmen durchsetzen

München * Innerhalb des isolierten jüdischen Lebensbereiches wird die Israelitische Kultusgemeinde gezwungen, die staatlichen Terror-Maßnahmen durchzusetzen und zu organisieren. So kündigt der Völkische Beobachter an: „Die Israelitische Kultusgemeinde richtet im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen ab sofort eigene Verkaufsstellen ein, in denen die in München ansässigen Juden ihren notwendigen Bedarf decken können. Zutritt zu diesen Verkaufsstellen haben nur Juden.“

22. November 1938 – Vertreibung der Juden aus arischen Wohnhäusern

München * Der Völkische Beobachter begründet die Vertreibung der Juden aus arischen Wohnhäusern so: „Es besteht ein dringender Bedarf an Wohnraum, und es ist nicht einzusehen, dass arbeitende deutsche Menschen ohne Unterkunft sind oder sich auf primitivste Weise behelfen müssen. Deshalb müssen die ausgewiesenen Juden ihre Wohnungen vorher auf eigene Kosten renovieren und ihren Hausrat und ihre Möbel zurücklassen.“ Die auf diese Weise freigewordenen, voll eingerichteten Wohnungen werden in der Regel von verdienten Parteigenossen bezogen.

28. November 1938 – Anweisung zur Erfassung der jüdischen Wohnungen

München * Eine Berliner Anweisung zur Erfassung der jüdischen Wohnungen wird in München unverzüglich umgesetzt. Man ordnet an, eine Namens- und Adressenliste der noch ansässigen jüdischen Mieter zu erstellen und verpflichtet Hausbesitzer, keine Neuvermietungen an jüdische Personen ohne städtische Genehmigung abzuschließen.

Dezember 1938 – Das Anwesen Cuvilliesstraße 22 wird arisiert

München-Bogenhausen * Das Anwesen Cuvilliesstraße 22 gehört der jüdischen Mitbürgerin Rosa Wassermann und ihrem Sohn Rudolf. Weil den Juden der eigenständige Handel mit Immobilien verboten ist, müssen sie das Grundstück für 36.900 RM an die Vermögensverwertung München GmbH übertragen.

1939 – Zwangseinquartierungen jüdischer Menschen



München-Maxvorstadt * Obwohl Dr. Walter und Nelly Zeckendorf die offiziellen Besitzer des Anwesens Richard-Wagner-Straße 11 sind, darf die Parterrewohnung und der erste Stock, in dem die verstorbene Jenny Zeckendorf bewohnt hat, nicht mehr vermietet werden. Sie werden sofort für Zwangseinquartierungen jüdischer Menschen genutzt.

1939 – Das „Judenhaus“ in der Richard-Wagner-Straße 11

München-Maxvorstadt * Zwischen 1939 und 1941 lassen sich in dem Anwesen Richard-Wagner-Straße 11 insgesamt 22 jüdische Menschen nachweisen, die hier untergebracht worden sind. Es handelt sich ausnahmslos um Personen, die aus ihren eigenen Wohnungen vertrieben worden sind und von der Richard-Wagner-Straße 11 aus entweder ins Altenheim wechselten oder ins Sammellager Milbertshofen an der Knorrstraße gebracht werden.

1939 – Gerhard Haas kommt als „Deutscher Kriegsfeind“ in ein Internierungslager

England * Zu Kriegsbeginn wird Gerhard Haas, der Enkel Joseph Schüleins, als „Deutscher Kriegsfeind“ in einem Internierungslager gefangen gehalten. Das Lager wird nach Kanada verlegt, von wo aus Gerhard Haas nach Cuba fliehen kann. Dort wartet er bis 1941 mit vielen tausend Flüchtlingen aus Deutschland auf sein Visa für die Einreise in die USA.

1. Januar 1939 – Juden müssen die zusätzlichen Vornamen „Sara“ oder „Israel“ führen

Berlin * Alle deutschen Juden mussten als zweiten Vornamen „Sara“ oder „Israel“ annehmen und in ihre Ausweise eintragen lassen. Ab diesem Zeitpunkt mussten sie ihre Briefe mit dem diskriminierenden Vornamen unterzeichnen, Briefköpfe, Praxisschilder und ähnliches ändern und ergänzen. Verstöße werden mit Gefängnisstrafe bestraft.

24. Januar 1939 – Vorbereitung der Endlösung der Judenfrage

Berlin * Gestapo-Chef Reinhard Heydrich erhält den Auftrag, die „Endlösung der Judenfrage“ vorzubereiten.

9. März 1939 – Probleme bei der Finanzierung des Hauses der Deutschen Architektur



München-Lehel * In einer Vormerkung an Oberbürgermeister Fiehler wird neben den Problemen der Finanzierung des Hauses der Deutschen Architektur auch die Räumung der Wohnungen und Unterbringung der Mieter angesprochen. „Durch Zusammenlegung der Juden [Münchens] in insgesamt 800 Wohnungen würden 1000 Wohnungen frei“, lautet die Empfehlung für die Entmietung, die nach Anordnung Hitlers ohne Härte [!] vor sich gehen sollte.

30. April 1939 – Juden müssen in „Judenhäuser“ ziehen

München * Juden müssen arische Wohnhäuser verlassen und in „Judenhäuser“ ziehen.

20. September 1939 – Juden müssen die Radioapparate abliefern

Berlin * Juden müssen sämtliche Radioapparate abliefern.

22. Juni 1940 – Josephine Baker im Widerstand

Paris • Nach dem Waffenstillstand von Compiègne vom 22. Juni 1940 arbeitet Josephine Baker für die Résistance, der Widerstandsbewegung gegen die nationalsozialistische Herrschaft in Frankreich. Auf ihrem Schloss Les Milandes, das einige Zeit in der unbesetzten Zone lag, versteckt sie Flüchtlinge, die von den Nationalsozialisten gesucht werden: Mitglieder der Résistance und Juden. Zudem wird sie Mitarbeiterin des französischen Nachrichtendienstes, wo sie als Kurier zum Einsatz kommt. Um die transportierten Geheiminformationen zu verstecken, werden diese zum Teil in unsichtbarer Tinte auf den Partituren Bakers notiert. Einige Dokumente versteckt sie auch in ihrer Unterwäsche, da ihr als Berühmtheit nicht die Gefahr einer Leibesvisitation droht.

19. Juli 1940 – Den Juden werden die Telefonanschlüsse gekündigt

Berlin * Den jüdischen Mitbürgern werden aufgrund der nationalsozialistischen Rassepolitik von der Reichspost die Telefonanschlüsse gekündigt.

1941 – Preise und Verteilung von arisiertem Raubgut



München-Maxvorstadt * Im Oberfinanzpräsidium wird eine „Dienststelle für Vermögensverwertung“ eingerichtet, die Preise und Verteilung des von den Juden eingezogene Raubguts bestimmt. Am Ende der Kette der Nutznießer steht der Volksgenosse, dessen Profitgier durch Zeitungsanzeigen gezielt angesprochen wird.

1941 – Beginn der Zwangsevakuierung von Juden

München * Die Zwangsevakuierung von Juden in sogenannte Judenhäuser und Judenwohnungen beginnt.

1941 – Der Tierpark passt zur NS-Rassenlehre

München-Giesing * Das nationalsozialistische Regime ist dem Tierpark wohlgesonnen und fördert ihn. Das liegt natürlich auch daran, weil die Tierzucht ideologisch in die Rassenlehre eingebettet werden kann. Die Nazis werfen dem Zoo aber immer wieder mangelnde nationalsozialistische Gesinnung vor. Das geht so weit, dass im Jahr 1941 die Tierpark-Leitung beschuldigt wird, dass Juden immer noch Zutritt zum Tierpark hätten.

April 1941 – Liste für die Wiedervermietungen freigewordener Judenwohnungen

München * Im Stadtbauamt wird eine Liste für Wiedervermietungen freigewordener Judenwohnungen erstellt. Die Neuvermietung im Haus Richard-Wagner-Straße 11 wird schon Monate zuvor geplant, bevor die letzten Juden aus dem Haus in die Deportationslager abtransportiert sind.

18. Juli 1941 – Die Heimanlage für Juden in Berg am Laim wird geöffnet

München-Berg am Laim * Das als Heimanlage für Juden bezeichnete Sammellager an der Clemens-August-Straße 9 in Berg am Laim wird geöffnet.

18. August 1941 – Elisabeth und Rosa Braun kommen in die Heimanlage für Juden

München-Bogenhausen - München-Berg am Laim * Elisabeth und Rosa Braun und einige



Mitbewohner des Hauses Maria-Theresia-Straße 23 werden in die sogenannte Heimanlage für Juden in Berg am Laim, im Kloster der Barmherzigen Schwestern, eingewiesen.

1. September 1941 – Alle jüdischen Bürger müssen den gelben Judenstern tragen

München * Alle jüdischen Bürger müssen ab dem 6. Lebensjahr den gelben Judenstern sichtbar tragen.

13. September 1941 – Straßenbahn-Nutzungsverbot für Juden

München * Die Rassenpolitik der Nazis macht selbst vor der Straßenbahn nicht halt. Juden dürfen die öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr benutzen und die sogenannten Ostarbeiter müssen ihren Sitzplatz in der Trambahn für die deutschen „Herrenmenschen“ frei machen.

23. Oktober 1941 – Die Verhinderung der Auswanderung jüdischer Menschen angeordnet

Berlin * Heinrich Himmler lässt allen Polizeidienststellen im Reich mitteilen, dass die „Verhinderung der Auswanderung jüdischer Menschen“ angeordnet ist. Damit ist auch keine Flucht mehr möglich.

20. November 1941 – Der erste Transport von 1.000 Münchner Juden nach Kaunas

Kaunas/Litauen * Der erste Transport von 1.000 Münchner Juden nach Kaunas.

20. November 1941 – Elisabeth „Sara“ Braun wird in Kaunas gebracht und ermordet

Kaunas/Litauen * Die 54-jährige Elisabeth „Sara“ Braun wird nach Kaunas in Litauen gebracht und mit etwa 3.000 anderen Juden aus dem Hinterhalt mit Maschinengewehren niedergeschossen.

1. Dezember 1941 – Die Gestapo verbietet Juden die Verwertung ihres mobilen Eigentums



Berlin * Die Gestapo verbietet Juden den Verkauf, die Vermietung, die Verpachtung oder das Verschenken ihres mobilen Eigentums.

12. Dezember 1941 – Juden dürfen öffentliche Telefone nicht mehr benutzen

Berlin * Juden dürfen öffentliche Telefone nicht mehr benutzen.

1942 – Richard-Wagner-Straße 11 wird arisiert

München-Maxvorstadt * Nach Beendigung der Deportation der Münchner Juden geht das Haus in der Richard-Wagner-Straße 11 in den Besitz des Arztes Dr. Wilhelm Holz über. Nun können die neuen „arischen“ Mieter einziehen.

24. April 1942 – Verbot der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel für Juden

München * Juden wird die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel verboten.

15. Mai 1942 – Verbot der Haustierhaltung für Juden

Berlin * Verbot der Haustierhaltung für Juden.

9. Juni 1942 – Juden müssen alle entbehrlichen Kleidungsstücke abgeben

Berlin * Juden müssen alle entbehrlichen Kleidungsstücke abgeben. Außerdem sind alle optischen und elektrischen Geräte wie Ferngläser, Fotoapparate und Kochplatten abzuliefern.

1. Juli 1942 – Schulunterricht für Juden verboten

München * Jüdische Schülerinnen und Schüler dürfen nicht mehr in öffentlichen Schulen unterrichtet werden.

20. Juli 1942 – Die Endlösung der Judenfrage wird beschlossen



Berlin * Auf der Wannsee-Konferenz wird die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen.

18. September 1942 – Juden erhalten keine Fleisch-, Milch-, Raucher- und Weißbrotmarken mehr

Berlin * Juden erhalten keine Fleisch-, Milch-, Raucher- und Weißbrotmarken mehr.

9. Oktober 1942 – Juden wird der Kauf von Büchern verboten

Berlin * Juden wird der Kauf von Büchern verboten.

30. November 1942 – In ganz Bayern leben noch 1.390 „Rassejuden“

München * Bruno Finkenscherer, der letzte Rabbiner der jüdischen Gemeinde in München schreibt: „In ganz Bayern leben noch 1.390 'Rassejuden', davon etwa 630 in München, von denen 171 in Berg am Laim in der Heimanlage Clemens-August-Straße Nr. 9 untergebracht sind. An Glaubensjuden gibt es in München noch etwa 300.“

23. April 1943 – Juden wird die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen

Berlin * Juden wird die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen.

Juni 1943 – In München gibt es nur mehr 483 Juden

München * In München gibt es nur mehr 483 Juden.

30. Juni 1943 – Die Arisierungsstelle hat ganze Arbeit geleistet

München-Lehel * Die Arisierungsstelle in der Widenmayerstraße 27 hat ganze Arbeit geleistet. An diesem Tag verkündet sie ihre Auflösung. Der Immobilienmarkt und damit die ganze Stadt ist „so gut wie judenfrei“.

1. Juli 1943 – Deutsche Juden werden dem Polizeirecht unterstellt



Berlin * Deutsche Juden werden dem Polizeirecht unterstellt. Damit verbunden ist die Aufhebung jeglichen Rechtsschutzes. Im Todesfall eines Juden verfällt dessen Vermögen automatisch dem Deutschen Reich.

15. Januar 1945 – Arbeitsfähige Juden sollen in das Ghetto Theresienstadt

München * Alle die in einer sogenannten „Mischehe“ lebenden arbeitsfähigen Juden sollen bis zum 15. Februar per Sammeltransport in das Ghetto Theresienstadt deportiert werden.

Mai 1945 – Die Amerikaner finden in München nur noch 84 Juden vor

München * Als die Amerikaner Ende April 1945 München besetzen, finden sie nur noch 84 Juden vor.

8. Mai 1945 – Nur noch 64 überlebende Juden in München

München * Nur noch 64 Juden können von den US-Truppen bei Kriegsende in München „befreit“ werden.

Oktober 1946 – In die ehemalige Lauer-Villa wird eine Synagoge eingebaut

München-Bogenhausen * In den Festsaal der ehemaligen Lauer-Villa wird eine Synagoge eingebaut. Sie ist das erste jüdische Gotteshaus in München nach dem Zweiten Weltkrieg.

1947 – In den Räumen der „Lauer-Villa“ werden „jüdische Schulen“ eingebaut

München-Bogenhausen * In den Räumen der Bogenhausener „Lauer-Villa“ wird eine „jüdische Volksschule“ und ein „hebräisches Gymnasium“ eingebaut. Das Wohngebäude dient daneben als Wohngebäude für jüdische „Displaced Persons“.

17. Dezember 1950 – Die Arbeit des Zentralkomitees der befreiten Juden wird eingestellt



München * Die Arbeit des Zentralkomitees der befreiten Juden wird eingestellt.

1955 – „Ich würde genau wieder so leben wollen. Ich bereue nichts“

München-Lehel - Praterinsel * Bei Eduard Pichls Beerdigung werden dessen letzten Grüße verlesen „Ich würde genau wieder so leben wollen. Ich bereue nichts“.

1955 – Rückgabe des Synagogengrundstücks

München-Kreuzviertel * Das ehemalige Grundstück der Hauptsynagoge wird 1955 an die Israelitische Kultusgemeinde zurückgegeben. Da ein Wiederaufbau oder Neubau einer Synagoge an dieser Stelle aus verschiedenen Gründen nicht realisierbar erscheint, veräußert die Gemeinde Teile des Areals an den Karstadt-Konzern. Den Bereich, auf dem sich die Hauptsynagoge befunden hat, erwirbt die Stadt München. Dort entsteht eine Grünanlage. Zugleich vereinbaren die Stadt und die Israelitische Kultusgemeinde, an dem historischen Ort ein Denkmal zur Erinnerung an die zerstörte Synagoge und die Verfolgung der Münchner Juden zu errichten.

1967 – Nachnutzung des ehemaligen Synagogengeländes

München-Kreuzviertel * Unter Teilen des ehemaligen Grundstücks der 1938 zerstörten Hauptsynagoge wird eine Tiefgarage für den Karstadt-Konzern errichtet. Die kommerzielle Nutzung des Areals steht exemplarisch für den lange Zeit zurückhaltenden Umgang mit den Erinnerungsorten jüdischen Lebens in München. Erst allmählich rückt die historische Bedeutung des Geländes wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein.

1968 – Wettbewerb für das Synagogen-Denkmal

München-Kreuzviertel * Für das geplante Denkmal auf dem Gelände der 1938 zerstörten Hauptsynagoge schreibt die Stadt München Anfang 1968 einen Künstlerwettbewerb aus. Den mit 6.000 D-Mark dotierten ersten Preis erhält der Münchner Bildhauer Herbert Peters. Sein Entwurf bildet die Grundlage für das künftige Mahnmal, das an die Zerstörung der Hauptsynagoge und die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in München erinnern soll.

9. November 1969 – Enthüllung des Synagogen-Denkmals



München-Kreuzviertel * Münchens Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel enthüllt im Rahmen einer feierlichen Zeremonie den Gedenkstein auf dem ehemaligen Gelände der Hauptsynagoge. Das Denkmal erinnert an die 1938 zerstörte Synagoge an der Herzog-Max-Straße sowie an die Verfolgung und Ermordung der Münchner Jüdinnen und Juden während der Zeit des Nationalsozialismus. Mit der Einweihung des Mahnmals erhält der historische Ort erstmals eine sichtbare Form des öffentlichen Gedenkens. Der Jahrestag der Novemberpogrome von 1938 verleiht der Zeremonie dabei eine besondere symbolische Bedeutung.

13. Februar 1970 – Brandanschlag auf das jüdische Altersheim an der Reichenbachstraße

München-Isarvorstadt * Bei einem Brandanschlag auf das jüdische Altersheim an der Reichenbachstraße 27 kommen zwei Frauen und fünf Männer, darunter zwei Holocaust-Überlebende zu Tode.

30. Oktober 1985 – Für ein würdiges Eisner-Denkmal in der Kardinal-Faulhaber-Straße

München-Graggenau * In der Vollversammlung des Münchner Stadtrates legt Stadtrat Alfred Lottmann ein weiteres Motiv für seine Initiative dar: Es sei dringend an der Zeit, Verleumdungen über Kurt Eisner den Boden zu entziehen, die diesen einerseits als galizischen Ostjuden oder andererseits als verantwortlich für die Opfer der Revolution in der Zeit nach dem Februar 1919 hinstellten. Das adäquate Mittel für eine Rehabilitation Eisners sieht Lottmann in seiner Denkmalinitiative und der dadurch ausgelösten öffentlichen Debatte. Gegen die Stimmen von CSU und FDP wird dem Antrag, Kurt Eisner ein „würdiges Denkmal in der Kardinal-Faulhaber-Straße“ errichten zu lassen, stattgegeben. Doch eine neuerliche Ablehnung des Denkmals im Bauausschuss zeichnet sich ab.

1990 – In München leben 8.739 jüdische Einwohner

München * In München leben 8.739 jüdische Einwohner. Bei einer Gesamteinwohnerzahl von 499.932 Personen stellen sie rund 1,7 Prozent der Stadtbevölkerung.

8. November 1998 – Oberbürgermeister Ude enthüllt die Gedenktafel an die Reichskristallnacht

München-Graggenau * Oberbürgermeister Christian Ude enthüllt anlässlich des 60. Jahrestages



des Pogroms im Alten Rathaus eine Gedenktafel zur Erinnerung an die „Reichskristallnacht“.

2005 – Die vielleicht orthodoxeste jüdische Gemeinde in Deutschland

München * Durch die Zuwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion erhöht sich die Zahl der Gemeindemitglieder auf 9.000. Die Münchner Gemeinde gilt als „sehr orthodoxe, wenn nicht die orthodoxeste Gemeinde in Deutschland“.

9. November 2006 – Die Hauptsynagoge am Jakobsplatz wird eingeweiht

München-Angerviertel * Die neue Hauptsynagoge der Israelitischen Kultusgemeinde am Jakobsplatz wird eingeweiht.

9. November 2006 – Einweihung der neuen Hauptsynagoge Ohel Jakob

München-Angerviertel * Am 9. November 2006 wird die neue Hauptsynagoge Ohel Jakob im Jüdischen Zentrum am St.-Jakobs-Platz feierlich eingeweiht. Mit ihr kehrt der Name „Ohel Jakob“ nach München zurück, den bereits die 1938 zerstörte orthodoxe Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße getragen hatte. Wenig später wird auch das unmittelbar angrenzende Gemeindehaus eröffnet, das heute Sitz der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern ist. Das neue Jüdische Zentrum mit Hauptsynagoge, Gemeindehaus, Jüdischem Museum und Kulturzentrum markiert einen Wendepunkt in der Geschichte des jüdischen Lebens in München. Erstmals seit der nationalsozialistischen Verfolgung erhält die jüdische Gemeinde wieder ein sichtbares und repräsentatives Zentrum im Herzen der Stadt. Ein unterirdischer „Gang der Erinnerung“ verbindet Synagoge und Gemeindehaus und erinnert an die rund 4.500 Münchner Jüdinnen und Juden, die zwischen 1933 und 1945 Opfer des Nationalsozialismus wurden. Mit dem Jüdischen Zentrum entsteht zugleich ein Ort religiösen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. Die Israelitische Kultusgemeinde verfügt heute über zahlreiche Einrichtungen, darunter Synagogen, rituelle Tauchbäder, Bildungs- und Kultureinrichtungen, soziale Dienste sowie jüdische Friedhöfe. Als Einheitsgemeinde vereint sie Mitglieder unterschiedlicher religiöser Prägungen und bildet das Zentrum des jüdischen Lebens in München und Oberbayern.



8. November 2009 – Gedenktafel an die Reichskristallnacht am Alten Rathauses angebracht

München-Graggenau * Nach Protesten aus der Bevölkerung wird eine Kopie der Gedenktafel an die Reichskristallnacht neben dem Eingang des Alten Rathauses angebracht und enthüllt.

21. Mai 2014 – Eine Gedenktafel für jüdische Juristen

München-Maxvorstadt * Im Eingangsbereich des Justizgebäudes an der Prielmayerstraße 5 wird eine Gedenktafel für jüdische Juristen angebracht, die in der Zeit des nationalsozialistischen Unrechtsregimes zwangsweise aus dem Justizdienst entfernt worden sind.

25. April 2017 – Hat die Bayerische Staatsregierung Frieden mit Kurt Eisner geschlossen?

München * Scheinbar hat nun auch die Bayerische Staatsregierung ihren Frieden mit Kurt Eisner gemacht. In einem Schreiben des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst heißt es: „Die Rolle Kurt Eisners bei der Beendigung des Ersten Weltkrieges, beim Ende der Monarchie und der Einführung einer demokratischen Verfasstheit in Bayern, beim Bemühen, den künftigen deutschen republikanischen Bundesstaat föderal auszugestalten und bei der Bereitschaft, auch die (Mit)Verantwortlichkeit des Deutschen Reiches beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges als Grundlage für eine neue Friedensordnung in Europa anzuerkennen, werden von der Bayerischen Staatsregierung außerordentlich positiv bewertet. Hinzu kommt die Tatsache, dass Eisner als Intellektueller (vor allem orientiert an Immanuel Kant), mit seinem jüdischen (familiären) Hintergrund und als Pazifist (zumal als Zeitgenosse der Blutbäder des Ersten Weltkrieges) wie durch seine Ermordung als amtierender Bayerischer Ministerpräsident am 21. Februar 1919 zu einer Symbolgestalt für aufgeklärt-demokratische Kräfte gegenüber den chauvinistisch-antisemitischen wurde, in deren späterer Konsequenz auch die Barbarei des NS-Regimes in Bayern und Deutschland steht“. Das Ministerium stellt darin in Aussicht, Kurt Eisner bei den zentralen bayerischen Jubiläumsfeierlichkeiten des Jahres 2018 („100 Jahre Freistaat Bayern“) entsprechend zu würdigen. Vielleicht bekommt er dann auch ein Bild in der Bayerischen Staatskanzlei.

23. November 2017 – Bundesstaatsanwaltschaft stellt Brandanschlag-Ermittlungen ein

Karlsruhe - München-Isarvorstadt * Die Bundesstaatsanwaltschaft in Karlsruhe stellt die Ermittlungen zum Brandanschlag auf das damalige Zentrum der Israelitischen Kultusgemeinde



Münchens an der Reichenbachstraße 27 ein. Dort waren bei einem Brandanschlag auf das jüdische Altersheim am 13. Februar 1970 zwei Frauen und fünf Männer, darunter zwei Holocaust-Überlebende zu Tode gekommen.

9. November 2018 – Gedenktafeln erinnern an die Familie Schüle

München-Haidhausen * An der Fassade des Unionsbräu in der Einsteinstraße 42 sowie im Innenhof werden zwei Gedenktafeln zur Erinnerung an die jüdische Brauerfamilie Schüle enthüllt. Die vom Münchner Bildhauer Toni Preis gestalteten Tafeln würdigen die Bedeutung der Familie für die Geschichte der Unionsbrauerei, die Entwicklung Haidhausens und die Münchner Brauwirtschaft. An der Feierstunde nehmen unter anderem Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dr. Charlotte Knobloch, teil. Die Tafeln erinnern zugleich an die Verfolgung der Familie während der NS-Zeit, ihre Emigration sowie an ihren Beitrag zum Wiederaufbau Münchens nach dem Zweiten Weltkrieg.
